

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 M., monatl. 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 5 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508,  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Sonnabend, den 26. August 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

## „Terrorismus“ und Interessenverbände der besitzenden Klassen.

Die Verfasser der Motive zur Zuchthausvorlage sehen, wie man weiß, im wesentlichen von dem harmlos klingenden Philistenschlagwort aus, daß Koalitionen wohl eine gewisse Bewegungsfreiheit haben sollen, daß sie jedoch nie man den „zur Deeresfolge zwingen“, daß sie nicht in wirksamer Weise den „Zweck verfolgen dürfen, Unlustige und Widerwillige zum Anschluß an die Bewegung zu bestimmen und zwar auch dann nicht, wenn die Thäter in der ehrlichen Ueberzeugung handeln, daß ihr Vorgehen auch den noch Widerstrebenden nützlich sei“, kurzum daß das Koalitionsrecht nicht zum Koalitionszwang ausarten dürfe.

Seit Jahr und Tag hat die sozialistische Presse hervorgehoben, daß, wenn man ernstlich mit solchem Zwange der Interessenvereinigungen gegen unbotmäßige Mitglieder und widerstrebende Außenstehende aufzuräumen wolle, man zunächst vor der Thür aller möglichen Unternehmungsverbände recht viel zu sagen finde. Vor allem wurde von sozialistischer Seite seit jeher hingewiesen auf die vollständige, durch keinerlei Sophismen zu verschleiende Gleichartigkeit der Arbeiterkoalitionen und ihrer Werbe- und Kampfmittel mit denjenigen kapitalistischen Kartellen, die — genau wie die Organisationen der Verkäufer der Ware Arbeitskraft — den Zweck verfolgen, die Absatzpreise aller sonst mit einander frei konkurrierenden Waren möglichst einheitlich zu gestalten und möglichst in die Höhe zu bringen. Diese Gleichartigkeit ist sogar eine soweit gehende, daß in Amerika schon Truistgesetze gegen Gewerkschaften angewendet worden sind, während die Bestimmungen des österreichischen Koalitionsgesetzes von 1870 über Arbeitsverhältnisse ausdrücklich nach seinem § 4 auch Anwendung finden sollen „auf Verabredungen von Gewerksleuten zu dem Zwecke, den Preis einer Ware zum Nachteil des Publikums zu erhöhen.“

Indes, theoretische Beweisführungen und tatsächliche Erfahrungen sind an manchen Gesehensfabrikanten im Reichsamt des Innern verloren; und erst recht natürlich an den interessierten Schatzmachern, die nicht hören wollen, daß sie in ihren Kartellen alle Tage selber das thun, wozu in Zukunft den „terrorisierenden“ Arbeitern durch draconische Gesetze die Luft ausgetrieben werden soll. Doch das verdoppelt nur unsere Pflicht, immer von neuem auf diese schreienden Ungerechtigkeiten zurückzukommen.

Wir thun das heute an der Hand eines eben veröffentlichten juristischen Wertes von Dr. Walther Rothnagel über „Exekution durch sociale Interessengruppen“. Das Buch ist, wie wir voraussehen, wahrhaftig nicht auf unsere deutschen inneren Kämpfe zugeschnitten. Es verdammt einer ganz unverdächtigen höheren Anregung, nämlich durch den ehemaligen österreichischen Finanzminister Steinbach, dem es auch gewidmet ist, sein Entstehen. Es zeigt sogar einige, wenn auch leichte reaktionäre Anwendungen, wie man sie bei Juristen gewöhnt ist, die nun einmal das stutende junge Leben immer gleich mit selbstbegrenzten Ufern und regelnden Dämmen beglücken möchten, auch wenn sie sonst diesem Leben nicht abhold sind.

Rothnagel schildert und zergliedert die „psychologische Exekution“ durch die verschiedensten Interessengruppen, durch Kreditorenvereine, durch Schutzgemeinschaften für Handel und Gewerbe, durch Hausbesitzerverbände, durch Börseorganisationen, durch Ständesvertretungen mit ihren Ehrenräten, durch Kartelle, durch Berufsvertretungen. Ueberall stellt er eine starke „Ausübung von Zwang“ fest, den Organisationen und organisierte Mehrheiten durch Androhung von allerlei Nachteilen dem „freien“ Individuum zufügen, um bestimmte Leistungen seitens des Individuums zu erreichen oder bestimmte Schädigungen des Associationszweckes durch dritte ein für allemal zu unterdrücken. Diese „exekutive Selbsthilfe“, oder wie Rothnagel den Ausdruck wählt: diese Exekution durch sociale Interessengruppen spielt sich nicht etwa nur ab, um vertragsmäßig schon feststehende Verpflichtungen rascher und dauernder zur Erfüllung zu bringen, als das vielleicht durch die Inanspruchnahme des Gerichtes zu erzielen wäre. Sie wendet sich auch durchaus nicht lediglich gegen Mitglieder des „exekutierenden“ Verbandes, die also durch Aufgabe ihrer Mitgliedschaft sich einem zu weit gehenden Zwange jederzeit wieder entziehen könnten. Sie kommt vielmehr überall auch gegen Außenstehende zur Anwendung und sucht alle möglichen wünschbaren Zwecke zu fördern, die einer Interessengruppe von Bedeutung zu sein scheinen, auch wo es sich wahrhaftig nicht mehr um zivilrechtlich garantierte Vermögensinteressen handelt. Ueberall, um des Juristen eigene Worte zu gebrauchen: „erzwingt eine Personennachtheit, in einer Association oder Organisation vereinigt, von einem Mitgliede oder außenstehenden Individuum eine konkrete Leistung oder ein den Interessen der Vereinigung entsprechendes Verhalten, welche mit gesetzlichen Mitteln nicht oder nicht in dem gleichen Maße erzwungen werden könnten, durch die stillschweigende oder direkt ausgesprochene Drohung, seine Personlichkeit in ihren gesamten wirtschaftlichen oder außerwirtschaftlichen Beziehungen, soweit sie mit dem Inhalte der Zwecke der Organisation in Verbindung kommen, für sein den Organisationsinteressen nicht entsprechendes Verhalten zur Verantwortung heranziehen zu wollen.“

Zum Schrecken der Zuchthauspolitiker müssen wir sogar noch hinzufügen: der Schüler des österreichischen Ministers kommt am Schlusse seines Buches — „obwohl er anerkennt, daß die Form des Vorgehens häufig an „Erpressung“ streife“ — sogar zu der Frage, „ob nicht eine bewußte Organisierung der in allen Lebenskreisen angewendeten psychologischen Exekution die Grundlage für eine Fortentwicklung des sozialen Rechtes bilden kann“. Und sein Meister Steinbach hatte schon vorher geschrieben:

„Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß wir uns in einer Zeit sehr lebhafter Betätigung des korporativen Princips befinden. Und dabei kann es uns nicht befremden, daß alle diese neu entstehenden oder an der Kräftigung ihres althergebrachten Bestandes wirkenden Genossenschaften, Vereine, Associationen und Gemeinschaften gerade wie der staatliche Organismus selbst zur Förderung ihres Zweckes und des Wohles ihrer Glieder einen sehr kräftigen Egoismus betätigen, so daß sie gerade wie der Staat geneigt sind, eine Handlungsweise ihrer Mitglieder, welche gegen diesen Gesamtzweck nach ihrer Ansicht verstößt, als Verletzung der guten Sitten aufzufassen.“

In der für unsere Zeit charakteristischen lebhaften Wirksamkeit des Associationsprincipes in allen seinen verschiedenen Formen zeigen sich eben überall auch die Einflüsse des gesellschaftlichen Egoismus, für dessen Wesen es bezeichnend ist, daß die Betätigung desselben seitens der Gemeinschaftsmitglieder als etwas moralisch Lobenswertes empfunden und hingestellt wird.“

Doch suchen wir in einem zweiten Artikel einen Ueberblick über Rothnagels tatsächliche Mitteilungen zu geben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. August.

### Aus ihr's.

Am Sonnabend wird der Landtag durch den Ministerpräsidenten, der immer noch Hohenlohe heißt, geschlossen werden und Onkel Eschdowig wird, wie wir hören, bei dieser feierlichen Gelegenheit folgende Rede halten:

Die Session des hohen Hauses hat mit dem betrübenden Vorfall geendet, daß die Kanalvorlage nicht angenommen worden ist, und zwar durch die schwere Schuld der Mitglieder der rechten Seite dieses Hauses, von denen wir sonst gewohnt sind, daß sie mit der Regierung durch dick und dünn gehen. Meine Herren! Wir haben Sie vorher gewarnt, wir haben Sie auf die verhängnisvollen Folgen Ihres Thuns hingewiesen. Sie aber wollten nicht hören, Sie haben unsere Vorstellungen mißachtet. Die Regierung hat keine Verantwortung mehr für Ihr Schicksal. Sie haben sich selbst zuzuschreiben, was kommen wird und kommen muß. Geben Sie sich keinen Illusionen hin. Die Regierung wird ihr Wort halten, so schwer es uns fällt, mit unseren berufensten Freunden ins Gericht zu gehen. Meine Herren! Ich bin in der Lage, hiermit in der bestimmtesten Form zu erklären, die Regierung wird vor keinem Mittel zurückschrecken, um die Kanalvorlage durchzuführen. Niemand bedauert diesen Umstand mehr als die Regierung, aber es kam nicht anders sein. . . . Bereits in der nächsten Session werden wir den Entwurf aufs neue vorlegen. Und lehnen Sie dann abermals ab, dann ist unsere Geduld erschöpft. Dann — verzichten wir auf das Zustandekommen.

So ungefähr wird der Alte reden, und die Liberalen werden aus der Rede neue Hoffnungen saugen und von jener Ministerherrlichkeit träumen, die immer am Horizonte bleibt.

Die Regierung aber begnügt sich, über ihren Mißerfolg zu quittieren. Sie läßt, wie es Schöneburg gerathen, ein paar Beamte über den Stock springen. So ist Professor Irmer, der als Hilfsarbeiter ins Kultusministerium berufen worden war, Knall und Fall entlassen worden, nachdem er gegen den Kanal gestimmt. Er muß nun wieder als Gymnasiallehrer Knaben drillen.

Die Junker aber reisen befriedigt heim. Ihnen konnte keiner! Keiner! —

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Vorlage, betreffend die Gerichtsorganisation von Berlin und Umgebung, mit erdrückender Majorität angenommen.

Es ist sicher, daß der Landtag Sonnabend in die Ferien geht. Nach dem geheimnisvollen Kronrat, der die liberalen Blätter so sehr dadurch überrascht hat, daß er keine Uebertragung gebracht hat, wird wohl alles seinen ruhigen Verlauf nehmen — wenn nicht der Kanal, so ist doch der Junker erbaut, und das ist die Hauptsache. —

### Ein Gerichtstag der Herren.

„Der Zweite folgt auf den Ersten.“ Diese alte Wahrheit, die bereits der selbige Falstaff als weise Lebensregel anerkannt hat, hat das preussische Herrenhaus heute bestätigt. Als vor einigen Wochen ein Antrag des Justizministers auf Strafverfolgung einzelner schlesischer Blätter wegen Beleidigung der preussischen Kammern, abweisend von der stets geübten Praxis, angenommen wurde, da glaubten einige unschuldige Gemüther, die das edle und erlauchte Haus der Herren auch noch als ein Parlament auffassen; man habe nur grundsätzlich feststellen wollen, daß das Herrenhaus nicht jede Beleidigung einzustehen brauche; im übrigen würde es mit dem einen Fall sein Bewenden haben. Heute sind diese Träumer, die sich vorwiegend in dem minderwertig-bürgerlichen Teile des hohen Hauses finden, eines Besseren belehrt worden: Das Herrenhaus hat beschlossen, den „Vorwärts“ wegen des Artikels: „Der Tag der Herren“ straf-

rechtlich zu verfolgen. Es muß zugegeben werden: mit ganz geringer Majorität. Auf der Linken — wenn diese Bezeichnung bei jener hochedlen Körperschaft überhaupt parlamentarisch zulässig ist — erregte das Resultat auch manches besorgte Kopfschütteln. Einige muß wohl die Thatsache, daß die Welschen der preussischen Lande in corpore sich unter den Schutz eines Richters stellen und ihre verletzte Ehre durch eine Geldstrafe reparieren lassen wollen, etwas bedenklich gestimmt haben. Die staatsmännische Rechte aber war weitestgehend genug, durch die etwas blamable Außenwelt hindurch den edlen Kern der Maßregel zu erblicken. Es handelte sich für sie keineswegs bloß um eine simple Beleidigungssache, es handelte sich um eine große nationale Aktion, mit der die so notwendige Gesundung unserer gesellschaftlichen Zustände ihren Anfang nehmen soll.

Der Berichterstatter der Kommission, der Freiherr v. Durant, war sich freilich dieser weittragenden Bedeutung der Sache noch keineswegs bewußt. Er sprach nur in klagenem Tone von der Ungeheuerlichkeit in der Presse, der man nicht bekommen könne, da wir leider die Pressefreiheit haben! Die Welt liebt es, wie seit einiger Zeit bekannt ist, das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu zieh'n. Die jugendliche Jugend wagt sich selbst an die höchsten und ehrwürdigsten Institutionen heran, jetzt hat sie gar den letzten Schritt gethan und das Herrenhaus zur Zielscheibe ihres Spottes genommen. Aber noch giebt es eine Vorkehrung. Der preussische Justizminister wacht, und die Staatsanwaltschaft soll mit schwerer Hand die Frebler treffen.

Indes überall giebt es Zweifler; etwas Sceptis gehört ja schließlich seit der Friedericianischen Epoche zur altpreussischen Tradition. So erhob sich denn auch hier ein Redner und meinte, das Herrenhaus habe doch nicht den Verstand, auf den „Vorwärts“ erzieherisch zu wirken. Ja, er wurde sogar ironisch und fragte, weshalb denn nicht die Regierung bei beleidigenden Neuerungen, wie die in den letzten Monaten gegen die Spitzen des Ministeriums in hochangesehenen bürgerlichen Blättern geschehen seien, den Klagenweg beschritten habe. Die arme Regierung! Selbst da, wo sie gerade ihre zärtliche Fürsorge bekundet, muß sie sich noch aufziehen lassen. Ja, es ist zu Ende! Wenn sie auch nach „oben“ die Prüfung vielleicht bestanden hat, so ist sie „unten durch“. Selbst im Herrenhaus verzehren sich die versteinerten Gesichter zu einem Lächeln, wenn sie auf den Käfig blicken, in dem dort die Regierungsvertreter eingesperrt sitzen müssen.

Dieses heitere Intermezzo hatte die alten Herren milde gestimmt. Wenn es wäre aus dem ganzen lähnen Vorstoß nichts geworden. Da rettete der Herr Graf von Altdorff die Situation. Er begriff, worauf es ankommt. Mit weichlicher Sentimentalität kommt man nicht weit: der Herr Graf hatte noch in trüber Erinnerung, wie er im Reichstage so herabgewürgt erzählt hatte, daß seine Gemahlin, die Frau Gräfin, mitten in der Nacht aufstehe, um fränke Arbeiter zu pflegen, und wie dann der Socialdemokrat Haase mit diesem gräßlich Altdorff'schen Uebelsinn das ganze Haus amüsierte. Die Socialdemokratie muß vernichtet werden! Und der Graf aus Ostpreußen hat ein sicher wirkendes Mittel gefunden. Man muß einfach so viel Geldstrafen über die Kerle verhängen, daß die freiwillige Steuer, die sie für die ganzen Bevölkerung auferlegen, total aufgebraucht wird. Man sieht: ganz einfach! „Damit ist die ganze Frage mit der Socialdemokratie gelöst!“ rief triumphierend der geniale Erfinder. Kein, daß man darauf nicht früher gekommen ist? Jetzt braucht Herr v. Kardorff nicht mehr verzweifelt auszurufen: „Mein Gott, mein Gott, was soll aus uns werden?“ Er braucht jetzt bloß dafür zu sorgen, daß der „Vorwärts“ und die anderen socialdemokratischen Blätter so oft wie möglich fünf Mark Strafe zahlen müssen. Die finanzielle Ueberwindung der Socialdemokratie! Das ist die endlich gesundene Sieg verheißende Formel.

Wie ist es da noch zu verstehen, daß der Oberbürgermeister Beder, in vollständiger Verkennung der großen nationalen Gesichtspunkte, von der Würde des Hauses sprechen konnte, die man durch fortgesetzte Beleidigungssachen bloßstelle? Ist das nur Schwerfälligkeit, oder lauern hinter der gutmüthigen Miene des braven Herrn mit dem biedern grauen Schnurrbart gar destruktive Tendenzen? Wer weiß! Trau keinem Bürgermeister nicht!

Aber auch Herr v. Lebehov hatte an der ganzen Sache durchaus kein Gefallen. Er fand zwar den Artikel des „Vorwärts“, wie er als alter Kavallerist sich ausdrückte, „hundsgeheim“, aber sein Soldatenherz sträubte sich offenbar gegen die richterliche Einmischung. Der alte Herr mit den aristokratischen Gewohnheiten versteht wohl auch zu wenig von nationalen Kämpfen, die auf finanziellen Boden ausgefochten werden. Auf die Sache versteht sich der Bund der Landwirte und sein notleidender Anhang besser.

Gleichviel, die gute Sache hat gestiftet, der „Vorwärts“ wird verklagt werden. Wir sind den guten Herren deshalb nicht böse. Auch wir meinen mit dem Herrn Grafen von Gatten-Gäppli: „Man kann von niemand mehr verlangen, als er nach seiner Gesinnung und Gesittung leisten kann.“

Derselbe Herr, der überhaupt ein ganz gefährlicher Revolutionär zu sein scheint, meinte auch: viel gefährlicher als solche formale Beleidigungen seien Entstellungen in der Wiedergabe von Thatsachen! Wahrhaftig, das meinen wir auch! Aber wenn man gegen solche Entstellungen gerichtlich vorgehen wollte, so wäre heute der Verfasser der berühmten Denkschrift zur Zuchthausvorlage, nachdem im Reichstag nachgewiesen, daß er sich z. B. bei der Darstellung der Geschichte vom friedlichen U. einige merkwürdige Ungenauigkeiten hat zu Schulden kommen lassen? Wo wäre heute das königliche „Dredner Journal“, das über den Böhmer Fall so eigenartig berichtet hat? Ja, wo wäre heute der hohe Bundesrat und das höchste Herrenhaus mit ihm, nachdem sich beide bei der Besprechung

Der lax Lehnhäuser über manche Thatsachen so sonderbar aus-  
gelassen haben?

Wenn der Herr Graf von Hutten-Gräbki gegen all diese  
Dinge hat vorgehen wollen, so kam er voll Stolz mit seinem etwas  
entfernten und minder bemittelten Kammerdiener von sich sagen:  
„Ich hab's gewagt!“

Der Strafschluss gegen den „Vorwärts“ bildete heute die  
große That der Herren. Sonst hatten sie diesmal wenig  
Gelegenheit zu staatsverhaltender Thätigkeit. Nur die arme Regie-  
rung, die sich gar nicht mehr retten kann, wurde von den Junkern  
noch ein wenig geschänkt. Sie hatte sich so viel Mühe gegeben  
mit dem Gesetz betreffend die Gewährung von Zwischenscheit bei  
Rentenguts-Gründungen. Und es ging auch alles ganz schön.  
Es fehlte nur noch die Unterschrift des Herrenhauses. Aber zwischen  
Lipp und Weichersand. . . Die Junker beschließen einfach,  
den Gegenstand in der zwölften Stunde von der Tagesordnung  
abzuleken. Vergebens beschwört sie der Landwirtschaftsminister  
mit Grabesstimme: die erlauchten Herren möchten doch geneigt  
erwägen, daß damit die ganze gesetzgeberische Leistung vernichtet sei,  
da doch morgen bereits die Session überhaupt schließt. Auf seine  
herzbelegliche Klage folgt eifriges Schweigen, und die Vorlage wird  
glatt abgelehnt. —

### Die Generalräte.

Paris, 24. August. (Fig. Ver.) Das wichtigste politische  
Ereignis der letzten Tage ist die Session der Generalräte,  
die am Montag eröffnet wurde. Die Generalräte haben von jeher,  
besonders in kritischen Zeiten, ihre Stimme in die Bagische ge-  
worfen, trotzdem daß sie ihre Kompetenz auf die lokalen An-  
gelegenheiten des Departements beschränkt. Und ihre Stimme wiegt  
schwer, weil sie gerade von den regierungsfähigen Parteien als der  
treueste Ausdruck der Landesmeinung angesehen werden. In der  
gegenwärtigen Krise ist letzteres besonders zutreffend, indem die  
Generalräte der überhitzten Atmosphäre von Paris fernstehen.

Die Mehrheit der Generalräte hat sich nun zur Verstärkung  
der Generalräte für das Ministerium ausgesprochen. In zahl-  
reichen Resolutionen und Ansprachen werden die energischen Maß-  
nahmen der Regierung gegen die Feinde der Republik gebilligt.  
Sympathie, Vertrauen, Glückwunsch und Ermutigungsformeln  
lösen einander ab. Dabei machen bouregesellschaftliche General-  
räte mit ihren radikalen Kollegen gemeinsame Sache. Mehrere  
Departementsräte haben außerdem Sympathie-Adressen an  
den Präsidenten Loubet votiert aus Anlaß des  
Attentats vom 4. Juni und der fortwährenden Angriffe der  
prätorianischen Parteien.

Nicht minder bedeutsam ist der klägliche Mißerfolg der  
Herital-monarchistisch-nationalistischen Kampagne  
für die vorzeitige Einberufung des Parlaments. Nur die an  
den Fingern einer Hand abzuzählenden Generalräte mit einer  
Herital-monarchistischen Mehrheit haben einen dahingehenden „Wunsch“  
votiert. In allen anderen Kläten, wo ein solcher Wunsch beantragt  
wurde, fiel er glatt durch.

Die plötzliche Liebe zum Parlament seitens derselben Parteien,  
die sonst nicht genug über die „parlamentarische Hölle“ schreien  
können und ihre Staatsrechtspläne mit dem Feigenblatt einer anti-  
parlamentarischen Bestimmung zu verdecken suchen, erklärt sich sehr  
einfach. Sie möchten noch vor Beendigung des Dreijährigen  
das Ministerium stürzen und jedenfalls den Militärrichtern durch  
„patriotische“ Kammerdebatten eine Verurteilung erleichtern.

Die Kundgebungen der Generalräte sind ein doppelter Schlag  
für die Prätorianer. „Das Land“ hat sie selbststärker in ihren  
Rechtungsredaktionen sprechen lassen, hat sie durch seine besten  
Vertreter desabonniert. Das Land will in seiner Mehrheit ebenso-  
wenig von generalräthlichem Mummel in der Kammer hören, wie  
von einer parlamentarischen Beeinflussung der Militärrichter von  
Kermes.

Dem Ministerium aber haben die Vertrauenskundgebungen  
einen sehr erwünschten Zuwachs an Autorität verschafft — inmitten  
des Geizes der Generalstabpresse über die „jüdische Schwend-  
herrschafft“ des Kabinetts, das sie gern auf den Namen Josef Reinach  
tauft. —

Reider sind die allerneuesten Handlungen der Regierung im Ge-  
folge der Sonntagstragödie höchst zweifelhafter Natur. Ich spreche  
von der gerichtlichen Aktion gegen den Anarchisten  
Sebastien Faure und seiner vier Mitredacteure vom „Journal  
du Peuple“, die vom Justizminister in Uebereinstimmung  
mit dem Ministerpräsidenten beschloffen wurde. Faure und  
Genossen werden ganz willkürlich eines Mord-  
versuches an einem Polizeibeamten beschuldigt.  
Der „Norddeutscher“ besteht darin, daß der betreffende Beamte, wie  
das in jedem hier nicht mehr ungewöhnlichen Zusammenstoß zwischen  
Manifestanten und Polizei vorkommt, mehr oder minder schwer ver-  
wundet wurde. Noch nie aber wurde so was als „Mordversuch“  
qualifiziert. Damit nicht genug: Das schönste an der Angelegenheit  
ist, daß Faure und Genossen sich zur Zeit jenes Zusammen-  
stoßes nachweisbar in einem anderen Teil von  
Paris befanden. . . Eine andere, nicht minder tadelnswerte  
Art Willkür liegt in der Anklage von Faure und Genossen  
wegen „Aufforderung zur Zusammenrottung“. Dieses Ver-  
gehen trifft zwar sachlich und gesetzlich zu, aber es wurde  
noch in einem einzigen Falle zum Gegenstand einer  
gerichtlichen Verfolgung gemacht. Wozu aber von der bisherigen  
Praxis gerade zum Nachteil der extremsten Gegner des Generalstabs  
abzuweichen? Zudem geschah die „Aufforderung“ vermittelt der  
Presse, aber auch das gegenwärtige Ministerium hat — übrigens  
aus berechtigter Rücksicht auf die freiheitliche Handhabung des Pres-  
sesetzes — keinen einzigen Generalstabsredacteur wegen der viel  
schwereren Aufforderung zu einem militärischen Pronunciamento ver-  
folgen lassen. —

Ebenso sind zu tadeln die freilich unabhängige von der Regierung  
erfolgten Ausschreitungen der Polizei in Rouen  
gegenüber den freilebenden Gasenarbeitern. Nach  
einer Reihe Provokationen zerstreute die Polizei mit Hilfe von  
Gendarmen und berittenen Jägern eine friedliche Straßen-  
kundgebung der Arbeiter unter Anwendung von Säbelhieben, die  
eine Anzahl Verwundungen zur Folge hatten. Auch wurde der  
Sekretär der Arbeitsbüros unter irgend einem Vorwand verhaftet.  
Selbst die bürgerliche Bevölkerung von Rouen ist über die Brutalität  
der Polizei entrüstet.

### Deutsches Reich.

Die neueste angebliche Majestätsbeleidigung des „Vorwärts“  
erregt auch in der zahmen bürgerlichen Presse Verwunderung. So  
bemerkte die „Kölnische Zeitung“:

Außer dieser Sache (der Denunzianten-Notiz) befinden sich in  
der Zeilung nur Lokalnachrichten der gewöhnlichsten Art und  
höchstens noch eine Reihe harmlos gehaltenen Notizen über unsern  
unbefähigten Oberbürgermeister, in die auf seine Weise eine Majestäts-  
beleidigung hineingebeutet werden kann. Auch in den Anzeigen der  
Zeilung ist nichts zu entdecken, woran man den mindesten Anstoß  
nehmen könnte. Bleibt also nur die Zeile von Hoffmann v. Fallers-  
leben, und wenn diese der Grund für die Konfiskation gewesen  
sein sollte, so scheint uns der konfiszierende Beamte ganz  
merkwürdige Auffassungen über das Wesen der Majestäts-  
beleidigung zu haben.

Wie zur Stunde aber haben wir die Zeilung, die so schnell kon-  
fiszirt wurde, noch nicht wieder erhalten. Das Wegnehmen ist an-  
scheinend bedeutend leichter als das Zurückgeben und erfordert mehr  
Arbeit und Zeit, obwohl es sich doch nur darum handelt, an eine  
Stelle die Exemplare abzuliefern, die bei der Konfiskation an hun-  
derten von Orten zusammengeführt werden mußten. —

### Eine Frage an Fürst Hohenlohe.

Am 27. Juni 1896, damals als das Bürgerliche Gesetzbuch in  
sommerlicher Hast zum Abschluß gebracht wurde, gab Fürst Hohen-  
lohe folgende Erklärung ab:

„Es besteht die begründete Zuversicht, daß das in den  
verschiedenen Staaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit  
anderen Vereinen in Verbindung zu treten, außer Wirksam-  
keit werde gesetzt werden. Ich kann auf Grund der inzwischen  
unter den beteiligten Regierungen geschlossenen Evidenzen diese  
Erklärung dahin ergänzen, daß es in der Absicht dieser Regierungen  
liegt, die Beseitigung des durch das Verbot geschaffenen  
Rechtszustandes herbeizuführen. Geschieht dies aber —  
und ich zweifle nicht, daß es geschehen wird — so  
wird dieser Erlass unter allen Umständen früher  
eintreten als dies durch eine Annahme des Antrags Auer  
in das Bürgerliche Gesetzbuch der Fall sein würde, weil  
das letztere erst mit dem Beginn des nächsten Jahrhunderts Gesetz  
werden soll.“

Die Socialdemokraten äußerten damals Mißtrauen gegenüber  
diesem Versprechen. Minister v. Bötticher aber verstärkte die  
Befestigung der Erklärung Hohenlohes durch die Versicherung, daß  
die vom Reichkanzler abgegebene Erklärung eine rechtlich und  
politisch unanfechtbare ist.

Das Bürgerliche Gesetzbuch tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.  
An diesem Sonnabend bereits wird der preussische Landtag  
geschlossen, und er wird vor dem 1. Januar 1900 sich nicht wieder ver-  
sammeln. Wie denkt sich der Herr Reichkanzler  
angehts dieser Lage der Dinge die Erfüllung  
seines Versprechens? In Preußen ist keine Möglichkeit mehr  
vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches das Ver-  
bindungsverbot für die Vereine aufzuheben.

Es giebt also nur noch einen Weg. Der Reichstag  
muß sofort bei seinem Zusammentreten das Versammlungsrecht  
reichsgesetzlich im Sinne des Hohenloheschen Versprechens regeln,  
wie ja das Vereinsrecht eigentlich verfassungsmäßig Reichsangelegenheit  
ist. Fürst Hohenlohe hat also nur noch eine ganz kurze Frist, sein  
Wort einzulösen.

Diesmal handelt es sich um eine ernstere Angelegenheit, als die  
Kanalarbühnen. Es handelt sich um die politische Ehre des Fürsten  
Hohenlohe. —

Der Landgraf Alexis v. Hessen, der in dem „Vorwärts“-  
Artikel über „den Tag der Herren“ eine scharfsinnige Note erhalten  
hatte, die manche Herrenhäuser als die schwerste in dem Artikel  
enthaltenen Beleidigung angesehen haben, hat, wie man uns aus dem  
Herrenhause schreibt, gegen die Verfolgung des „Vorwärts“ ge-  
stimmt. — Das haben wir von dem Landgrafen nicht anders er-  
wartet, der ja auch gegen die Justizvorlage seine Stimme ab-  
gegeben hat. Dieser eine alte Herr wenigstens ist noch richtig  
genug, um dem Satiriker gleichmütig standzuhalten und das Recht  
auf Spott anzuerkennen. —

„Wie wir voraussetzten“. Eine höchst spasshafte Aufgabe  
wäre es, die Vorentscheidungen der liberalen frei-  
sinnigen Presse nacheinander zusammenzustellen, die in der  
Kanalarbühnen gedruckt worden sind. Jeden Tag weißt man sie  
genau das Gegenteil von dem, was dann in Wirklichkeit geschah,  
und wer auf der Höhe des bürgerlichen Pressegeschäfts stand, leitete  
wohl gar die Wählung seiner Prophezeiung mit dem Bemerkte  
ein: Wie wir gleich vermuteten.

Eine häßliche Probe dieser ahnungslosen Publizistik greift die  
„Kreuzzeitung“ auf. Am Donnerstag schrieb das „Berliner Tage-  
blatt“ am Schluß seines Leitartikels:

„Darum ist es unseres Dafürhaltens ganz ausgeschlossen,  
daß alles beim alten bleiben könnte. Jegende eine Wendung  
in unserer inneren Politik muß sich vorbereiten und zwar inner-  
halb einer nicht allzu langen Zeit.“

Und zwölf Stunden später, am Freitagmorgen, schreibt dasselbe  
Blatt:

„Unsere Mitteilungen, welche darauf hinauslaufen, daß in  
Preußen alles beim alten bleiben sollte, werden von allen Seiten  
bestätigt.“

Auf diese Weise bleiben die falschesten Propheten immer die  
Unfehlbarkeit selbst. —

O, diese Zwangsimmungen! Den patentierten Handwerks-  
reutern wird schwall angehts der Erscheinung, daß bereits eine  
Reihe der neugegründeten Zwangsimmungen socialdemokratische oder  
immungsfeindliche Vorstände gewählt hat. Die „konservative Kor-  
respondenz“ beschäftigt sich gleicherweise wie die „Germania“ mit  
der Frage, wie dem Eindringen der Socialdemokraten in die Zwangs-  
immungen zu begegnen sei.

Sie rat zunächst, gemäß Art. 2 des § 100 der Gewerbe-Ordnung  
die Zwangsimmung auf den Kreis derjenigen Meister zu beschränken,  
die der Regel nach Gefellen oder Lehrlinge halten, weil die social-  
demokratischen Meister in der Regel nur in den Kreisen der Klein-  
meister zu finden wären. Dann aber fordert sie die Handwerker,  
die in den Zwangsimmungen das Wundermittel zur Beseitigung der  
Konkurrenz sehen, auf ihre Gleichgültigkeit zu überwinden und auch  
selbst thätig in die Zwangsimmungen einzutreten, an den Wahlen  
teilzunehmen und überhaupt thätig an die Arbeit zu gehen und  
selbst etwas zu thun.

Befolgen sie aber diese Ratschläge nicht, dann — dürfte die  
staatliche Gesetzgebung in dem Handwerker-Gesetz vom  
26. Juli 1897 zum letztenmale dem Handwerke hilfreiche  
Hand geboten haben. Insbesondere die Regierungen, welche nur  
gezwungen dem neuen Gesetz zugestimmt haben, würden sich in  
Zukunft völlig zurückziehen zu gehen, an dem Wahlen  
teilzunehmen und überhaupt thätig an die Arbeit zu gehen und  
selbst etwas zu thun.

Man muß die Gelegenheit beim Schopfe fassen. Daß die Masse  
der Zwangsimmungen nicht thätig ist, ersieht man an öffentlichen  
Dingen mitzuwirken und daß das alles Tugend wirkungslos ist, da-  
von ist die „N. N.“ ebenso überzeugt, wie von der Auslosigkeit der  
Zwangsimmungen. Man ist ja nicht für Zwangsimmungen, um  
den Handwerkern zu helfen, sondern um sich ohne Kosten  
eine Wahlfolgehaft in ihnen zu sichern. Aber wo gäbe  
es eine günstigere Gelegenheit, den vorzunehmenden Miß-  
erfolg der Zwangsimmungen der Unthätigkeit der Begünstigten  
in die Schuhe zu schieben und sich die Möglichkeit einer abermaligen  
Täuschung dieser Bevölkerungsschichten zu sichern, als wie diese?

Die Socialdemokraten sind Schuld und Kurs eigene Gleich-  
gültigkeit. . .

Auf den Antisemitismus ist die nationalliberale Partei ge-  
kommen. Es haben nämlich nicht bloß, wie kürzlich die „Deutsche  
Tageszeitung“ mitteilte, „einige nationalliberale Herren“ den Wahl-  
aufruf für den antisemitischen Kandidaten in acht hiesigen Kreise  
unterzeichnet, sondern die nationalliberale Parteileitung hat ihre An-  
hänger in diesem Kreise offiziell aufgefordert, für den Antisemiten zu  
stimmen.

Die nationalliberale Parteileitung hätte sich diese Prostituirung  
wirklich erparen können; die Zahl ihrer Anhänger in diesem Kreise  
ist so gering, daß sie gar nicht in Betracht kommen und zudem ist  
ihre Liberalismus so jämmerlich, daß sie auch ohne besondere An-  
weisung für den Antisemiten gestimmt hätten.

Der Kampf gegen die „Minderjährigen“ in Sachsen nimmt  
die Formen an, die bei Schaffung des neuen Vereinsgesetzes von  
allen seinen Gegnern vorausgesetzt wurde; die Bestimmung, daß  
Minderjährige an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen,  
wird nicht nur in der verabschiedeten Weise ausgelegt, sondern vor-

nehmlich zur Behinderung der Minderjährigen in der Gewerkschafts-  
bewegung benützt.

In einer Holzarbeiter-Versammlung in Oshag wurde ein Vor-  
trag über Arbeitszeit und Arbeitslohn gehalten. Am Schlusse er-  
wählte der Referent die Justizvorlage und sagte, daß es nicht  
Aufgabe dieser Versammlung sei, diese Vorlage zu erörtern, daß  
dies aber nächstens in einer politischen Versammlung geschehen  
werde.

Bei diesen Worten verlangte der überwachende Beamte vom  
Vorlesenden, daß er die Minderjährigen entferne. Da dieser aber  
nicht einsehen konnte, daß die Versammlung durch die diese Er-  
wählung der Justizvorlage zu einer politischen geworden sei,  
verweigerte er dies. Dafür wurde er von der Polizeibehörde in  
eine Geldstrafe von 10 M. genommen und diese wurde vom  
Schöffengericht bestätigt. — Im Landtag ist seiner Zeit selbst vom  
Ministerium aus erklärt worden, daß man keineswegs beabsichtige,  
die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu beeinträchtigen und daß  
man eine gewerkschaftliche Versammlung keineswegs zu einer  
politischen stempeln wolle deswegen, weil etwa gelegentlich politische  
Angelegenheiten gestreift würden. —

Militärische Märsche. Aus Elsaß-Lothringen wird  
uns geschrieben: Nach hat sich in der Bevölkerung die Erregung über  
die beiden Todesfälle, die kürzlich beim 4. Badischen Infanterie-  
Regiment Nr. 112 in Mülhausen infolge von Hirschschlag vorgekommen  
sind, nicht gelegt, und bereits ist über einen zweiten ähnlichen  
Ereignis zu berichten. Das württembergische Infanterie-  
Regiment Nr. 126 befand sich am Mittwoch auf dem Marsch nach  
seiner Garnison Straßburg. Infolge der großen Anstrengungen,  
die man der Krippe dabei trotz der hohen Tagestemperatur zu-  
mutete, wurden nicht weniger als 44 Mann unwohl und  
mußten den Weitermarsch aufgeben. Die der Straßburger  
Bürgerzeitung mitgeteilt wird, erlag von diesen ein Mann den  
 Strapazen und starb kurz nach seiner Entlieferung ins Lazarett.  
Es ist begreiflich, daß diese wiederholten Todesfälle von Soldaten  
infolge von übermäßigen Anstrengungen im Lande das peinlichste  
Aufsehen erregen. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Militär-  
behörden, insbesondere angehts der bevorstehenden Kaiser-  
manöver mit ihren gesteigerten Anforderungen an die körperliche  
Leistungsfähigkeit der Truppen, durch geeignete Maßregeln zur Ver-  
minderung der Bevölkerung beitragen. —

Vom Nord-Ostsee-Kanal. Aus Kiel wird uns berichtet: Der  
dieser Tage für das Jahr 1898 von der Kieler Handelskammer  
herausgegebene Bericht enthält über den Verkehr im Nord-Ostsee-  
Kanal für die drei letzten Jahre eine interessante Zusammenstellung,  
die das allgemeine Interesse nicht entbehrt.

An abgabepflichtigen Schiffen haben den Kanal befahren:

Jahr	Dampfschiffe		Schleppschiffe		Zusammen	
	Zahl	R. G.	Zahl	R. G.	Zahl	R. G.
1896/97	11 005	2 467 839	14 811	650 001	25 816	3 117 800
1897/98	9 306	1 927 046	13 712	541 849	23 018	2 468 795
1898/99	8 287	1 407 435	11 073	441 028	19 360	1 848 458

Von diesen Schiffen führten

Jahr	die deutsche Flotte		fremde Flaggen	
	Zahl	R. G.	Zahl	R. G.
1896/97	22 540	2 129 701	3276	991 139
1897/98	20 907	1 711 549	2801	758 248
1898/99	17 892	1 260 768	2098	597 890

Der Verkehr ist demnach gestiegen gegen das Vorjahr  
nach der Zahl nach dem  
der Schiffe Raummehrl

in 1897/98 um 16 Proz. 84 Proz.

in 1898/99 um 13 „ 26 „

Der Verkehr der deutschen Schiffe hat zugenommen  
nach der Zahl nach dem  
der Schiffe Raummehrl

in 1897/98 um 14 Proz. 86 Proz.

in 1898/99 um 11 „ 84 „

der fremden Schiffe  
in 1897/98 um 84 Proz. 29 Proz.

in 1898/99 um 17 „ 31 „

Die Kanalermahnen betragen

1896/97	1897/98	1898/99
Kanalabgaben 1 478 084	1 178 389	907 771 M.
Schleppgebühren 108 000	90 149	72 918 „
Sonst. Einnahm. 3 700	6 458	6 143 „

1 589 483 1 269 996 986 832 M.

Die vereinnahmten Gebühren sind gestiegen in 1897/98 um  
29 Proz. in 1898/99 um 25 Proz.

Trotzdem der Kanal von Jahr zu Jahr ein günstigeres Ergebnis  
sowohl in der Frequenz wie in den Einnahmen aufzuweisen hat,  
haben sich doch die an die Eröffnung des Kanals gestellten Er-  
wartungen noch nicht im entferntesten erfüllt. In der dem Reichs-  
tag über den Bau des Norddeutscher-Kanals vorgelegten Regierun-  
gsvorlage war für das erste Jahr der Raummehrl der den Kanal  
passierenden Schiffe (von 5 500 000 Register-Tonnen) geschätzt und  
die zu erwartende Einnahme auf 4 125 000 M. taxiert. —

Der Marinismus als Germanisator. Aus Elsaß-  
Lothringen wird uns geschrieben: Eine neue, besonders er-  
freuliche Plaisette haben unsere Flottenfanatiker an der deutschen  
Kriegsmarine entdeckt: sie ist nach ihrer Auffassung dazu anzuwenden,  
ein patriotisches Kunststück zu vollbringen, an dem sich der preussisch-  
deutsche Volksgenosse der Bismarckschen Diktaturregierung seit nun-  
mehr bald drei Jahrzehnten vergeblich abmüht, nämlich die Aus-  
söhnung der elsaß-lothringischen Bevölkerung mit der deutschen  
Reichsherrschaft. Diese neue Waffe für das Arsenal ihrer  
Wasserpropaganda haben unsere Marinepolitiker aus der That-  
sache geschmiedet, daß unter den etwa 650 jungen Vaterlands-  
verteidigern, die während der letzten vier Jahre aus  
Elsaß-Lothringen in die deutsche Marine eingezogen wurden, nicht  
weniger als 110 sich noch nicht im militärpflichtigen Alter befan-  
den, also freiwillig in den Dienst des Reichs getreten sind. Grund  
hierfür natürlich: heile Begeisterung für die Herrlichkeit unserer  
Kriegsmarine!

Soweit wäre die Sache nun ganz schön, wenn sie nicht einen  
ganz bedenklichen Haken hätte. Ets wir nämlich an die patriotisch-  
begeisternde Wirkung glauben, die unser Marinismus auf die Ge-  
müter der wehrfähigen Nachkommenschaft der „wiedergewonnenen  
Brüder“ ausüben soll, muß man uns den Nachweis erbringen, daß  
jene 110 Marinefreiwilligen durchweg oder doch der großen Mehr-  
zahl nach auch thatsächlich Söhne eingeborener elsaß-lothringischer  
Familien sind. Ohne diesen Nachweis begun wir die gewiß nicht  
unbegündete Vermutung, es möge sich unter ihnen ein erheblicher,  
vielleicht gar überwiegender Prozentsatz von Sproßlingen der nach  
1870 aus Aldeutschland eingewanderten Familien befinden.

Diese Vermutung liegt um so näher, als gerade in den letzten  
Jahren die erste Generation der zwar im Reichsland geborenen und  
infolge dessen im Besitz der elsaß-lothringischen Staatsangehörigkeit  
befindlichen, in Wahrheit aber von emigrierten altsächsischen  
Familien abstammenden Landesangehörigen ins militärpflichtige Alter  
getreten sind. Wenn man in Betracht zieht, wie groß die Zahl der  
unmittelbar nach der Emigration und auch in den folgenden Jahren  
noch besonders aus dem preussischen Norden zu uns herüber-  
gekommenen Beamtenfamilien ist, in deren Kreisen die Flotten-  
wärmerie ihre tollsten Orgien feiert, so wird man über die Zahl  
der aus dem Reichsland kommenden Marinefreiwilligen keineswegs  
erstaunt sein. —

### Ausland.

#### Die Pest.

Aus Oporto wird gemeldet, daß vorgestern (23. d. Mts.) drei  
Pestfälle vorgekommen sind. Zugleich wird über den Ausbruch von  
Tumulten in der Stadt berichtet, die aus der Wut der Einwohner  
gegen Dr. Jorge entspringen sein sollen, des Arztes, der zuerst das

**Auftreten der Pest** feststellte. Der „Hamb. Korrespondent“ bringt darüber von seinem Korrespondenten in Porto folgende Mitteilungen: Die Unruhen hatten ihre erste Ursache in der Pest der Einwohner gegen Dr. Jorge, der, wie bereits gemeldet, zuerst das Auftreten der Pest konstatierte und der Regierung öffentlich den Vorwurf machte, seine Berichte absichtlich über einen Monat lang geheim gehalten zu haben. Die niedere Bevölkerung war bei den Tumulten plündernd ausgebrochen durch einige der größeren Zeitungen, die im Ueberflusse um die Verteidigung der Handelsinteressen der Stadt ihren Haß an dem Arzte ausließen und diesen für den vollständigen Stillstand alles Handels verantwortlich machten. Da die Unterdrückung aller Verbindung mit der Außenwelt (der Sanitätskordon) ist heute offiziell gezogen und die Stadt vollständig abgeschlossen) auch die Schließung der meisten Fabriken und Manufakturen zur Folge hatte, so genügten diese Hegerieen natürlich, um die nun beschäftigungslosen Arbeiter gegen den pflichtgetreuen Arzt aufzuwiegen und zu Manifestationen zu veranlassen. Als letztere in Thätigkeiten ausarteten und das Leben des Dr. Jorge bedroht schien, griff die Polizei ein, die Beamten wurden aber mißhandelt und viele durch Steine und Knüttel verwundet. Darauf riefen die Schulleute Verstärkungen herbei, und nun griffen bestimmte Gendarmen und Polizisten ein und trieben die Menge auseinander.

Seidem kam es zu einer ganzen Reihe von Zusammenstößen in den verschiedensten Teilen der Stadt, zum Teil infolge Absperrung einzelner Häuser und Straßen, in denen Pestfälle thätig gar nicht vorgekommen sind. Die Polizei wird beschuldigt, in vielen Fällen ganz willkürlich, sobald jemand an irgend etwas erkrankte, das betreffende Haus zu sperren und zu isolieren, lediglich um dabei ihr Schicksal ins Trodene zu bringen, da in allen diesen Fällen die Polizisten allein den Verkehr mit der Außenwelt, die Lieferung von Lebensmitteln usw. übernehmen. Dies beuten sie, der Volksauffassung nach, zu Selberpressungen aus.

Der Isolierkordon wird 20 Kilometer weit um die Stadt herumgezogen, mit Ein- und Ausgangspunkten, die jetzt mit Sanitätsstationen besetzt sind. Desinfektionsmittel sind bereits 300 Proz. im Preise gestiegen. Was natürlich die ärmeren Volksschichten hindert, sich ihrer zu bedienen, obwohl gerade sie in der höchst ungesunden, schmutzigen Stadt, was die Arbeiterviertel betrifft, dieselben nötig hätten. Die Presse protestiert energisch gegen die traurige Unwissenheit und den vollständigen Mangel an Takt der Behörden, die brutal und schematisch vorgehen und zweifelsohne viele Fehler machen.

### Frankreich.

**Erlaß betreffend Unfälle bei der Arbeit.** Das „Journal officiel“ vom Donnerstag veröffentlicht einen umfangreichen Erlaß des Handelsministers, Genossen Millerand, an die Prefekten über die Anwendung des Gesetzes vom 9. April 1898 in Bezug auf Unfälle bei der Arbeit. Der Minister giebt eine ausführliche Erläuterung der Formalitäten, die von dem Unternehmer bei der Anmeldung eines Unfalls zu erfüllen sind, und macht allen Beamten bei den an die Meldung sich anschließenden Arbeiten — Feststellung der Verantwortlichkeit zc. — die größte Eile zur Pflicht.

**Die Ermordung Klobbs.** Im heutigen Ministerrat teilte der Minister für die Kolonien Depéchin mit, die an der Ermordung des Oberleutnants Klobb keinen Zweifel mehr lassen. Die Mission Boulet-Chanoine wird von jetzt ab als im Aufstande befindlich angesehen.

### Rußland.

**Russische Betrachtungen über Deutschland.** Die russische Presse widmet in letzter Zeit den inneren politischen Verhältnissen in Deutschland aufmerksame Beachtung. So besprechen die „Kowosti“ und die „Rossija“ in ihren letzten Leitartikeln die persönliche Politik des deutschen Kaisers betreffs der Justizreform und des Mittelmeer-Kanalprojekts, und erklären, daß diese Politik zwei schwere Niederlagen erlitten habe. In Bezug auf die Justizreform vorläge nicht die „Rossija“: „Wenn Kaiser Wilhelm II. einen Ausweg aus der jetzigen äußerst schwierigen Lage in der Auflösung des Reichstages und des Reichstages suchen sollte, so wird in Deutschland ein unvermeidlicher Konflikt zwischen dem Kaiser und der Volkvertretung entstehen, ein Konflikt, der ernster sein würde, als alle im Laufe der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts vorgekommenen Zusammenstöße, nicht ausgeschlossen das Bismarcksche Regiment vor dem Krige von 1866, denn damals hatte man es nur mit dem preussischen Abgeordnetenhaus zu thun, jetzt aber mit der Vertretung des ganzen Reiches.“

### Amerika.

**Orhans Präsidentschaftskandidatur.** Daß die sogenannte Silberfrage im Wahlprogramm der Demokraten fehlen soll, will den silberproduzierenden Staaten der Union recht wenig passen und so haben die Demokraten in Nebraska unter Orhans Führung beschlossen, daß in der Wahlkampagne der Silberfrage die gleiche Bedeutung beigemessen werden müsse, wie dem Truismus, dem Imperialismus und der Alliance mit England. Herr Orhan hat seinen Anhängern den Gefallen erwiesen, dieser Meinung beizustimmen; in seinen neueren Reden aber beschäftigt er sich weit mehr mit den Truismen und der Philippinpolitik des jetzigen Präsidents, als mit dem Silber. Die Wendung gegen die Truismen ist um so klüger berechnet, als diese in den Mittelschichten der Bevölkerung immer mehr verhaßt werden, und andererseits mehrere der hervorragenden Mitglieder der jetzigen republikanischen Regierung eingetret sind. Der neue Kriegsminister, Herr Root, ist jahrelang der Rechtsbeistand von mehreren Truismen gewesen. Vice-Präsident Hobart hat als Rechtsanwalt nie andere Klienten gehabt als große Korporationen, und der Generalanwalt Griggs, der als Vertreter der Bundesregierung eigentlich vor den Gerichtshöfen des Landes auf Grund des gemeinen Rechts Prozesse einleitete, um die Auflösung der großen „Combinés“ zu bewerkstelligen, hat erklärt, der Staat könne gegen dieselben nichts ausrichten. Das sind Umstände, welche die Demokraten bei ihrer Agitation schlaue Auszuungen wissen.

**Mac Kinleys Aussichten.** In einem Teil der republikanischen Partei macht sich seit einiger Zeit eine Wirthstimmung gegen die forcierte Philippinpolitik Mac Kinleys bemerkbar. Unter anderem erklärte der Senator Burrows (Michigan), daß er seine Unterstützung Mac Kinley nicht länger leisten könne, falls dieser nicht in kürzester Frist in der Lage auf Luzon in der einen oder anderen Weise ein befriedigendes Ende mache; jedenfalls müsse die Philippinfrage vor Beginn der eigentlichen Wahlkampagne entschieden sein. Der Abfall Burrows würde für Mac Kinley den Verlust des Staates Michigan bedeuten. Diesem würden aber zweifellos andere, schon jetzt schwankende Staaten folgen, und die Nomination Mac Kinleys zum Kandidaten der Republik für die nächste Präsidentschaftswahl würde damit die besten Aussichten verlieren.

**Von Kuba.** „Daily Telegr.“ meldet aus New York: Einem Telegramm aus Santiago de Cuba zufolge sind dabeisitz 16 kubanische Soldaten, die auf ihren Sold warteten, mit dem amerikanischen Posten in Streit geraten. Der amerikanische Posten feuerte und erschloß fünf kubanische Soldaten.

**Zur Ministerkrise in Chile** wird aus Paris gemeldet: Die Demission des gesamten Kabinetts ist hauptsächlich die Folge der noch immer nicht gelösten Papiergeldfrage, da der Kongreß die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen betreffend Konversion der Schuld und Einziehung der im Umlauf befindlichen Bankcheine nicht billigte. — Ob Fragen der auswärtigen Politik misspielen, läßt sich nach den vorliegenden Meldungen noch nicht beurteilen. Von oppositioneller Seite war behauptet worden, einige Minister hätten im vorigen Jahre, als die Beziehungen Chiles zu Argentinien noch sehr unfreundlich waren, dem Gesandten der Vereinigten Staaten Versprechungen betreffs Ueberlassung einer Kohlenstation gemacht, während augenblicklich die öffentliche Meinung in Chile ein derartiges Zugeständnis an Nordamerika mit Entschiedenheit zurückweist.

### Afrika.

**Zur Lage im Traubensaftstaat.** Den „Times“ wird aus Johannesburg vom 24. August gemeldet: Obgleich die Arbeiten in den Bergwerken noch fortgesetzt werden, liegt das Geschäft in der Stadt völlig darnieder, nimmt die Not schnell zu und wird die Auswanderung aus der Stadt und den Minendistrikten immer bedenklicher. Da auch zahlreiche Leute der ärmeren Klassen, welche die Arbeitslosen nur schwer aufbringen können, jetzt anfangen fortzugehen, ist jeder abfahrende Zug gedrängt voll. In Afrika, in denen man die Verhältnisse nicht kennt, glaubt man, daß kaum ein Grund zu unmittelbarer Beunruhigung vorliege, doch hat die Unklarheit der Sachlage in den letzten Wochen den Reizgeisteskrämern freies Spiel gegeben und viel dazu beigetragen, die allgemeine Spannung zu erhöhen.

### Asien.

**Drohende Hungernot in Indien.** In der heutigen Sitzung des Präsidiums des Vizekönigs von Bombay kam der Finanzsekretär auf das Ausbleiben des Regens zu sprechen, gab aber noch der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhältnisse sich bessern könnten; sollten sie jedoch, wie gegenwärtig, andauern, so habe die Regierung einer überaus mitleidigen Lage entgegenzusehen.

### Partei-Nachrichten.

**Ein „socialdemokratischer“ Stadtverordneter.** Die bürgerliche Presse findet Vergnügen daran zu behaupten, daß in Solingen ein „socialdemokratischer“ Stadtverordneter an der Begründung des Reiches teilgenommen habe und ergeht sich in Anknüpfung an diese Behauptung in witzig sein sollenden Bemerkungen über den „unbotmäßigen Genossen“, der nun wohl „hinausfliegen“ werde usw. — Ein kindliches Vergnügen, das aber nur aus der kindischen Unterdrückung der bekannten Thatsache besteht, daß der gemeinte Stadtverordnete, Herr Langenberg in Solingen, schon vor Jahr und Tag aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden ist. Unser Parteiblatt in Solingen hat sofort bei dem ersten Auftauchen der Notiz auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht. Herr Langenberg hat darauf im Stadtverordnetenkollegium selber erklärt, er sei dankbar für die Konstatierung der Thatsache, daß er mit der socialdemokratischen Partei nichts zu thun habe; trotzdem läßt es sich z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ nicht verdrängen zu schreiben, daß diesem „unbotmäßigen Genossen“ mit „hinausfliegen“ gedroht werde. Es lohnt nicht, mit Leuten, denen es um solcher Kappas willen auf absichtliche Verdrehung der Thatsachen nicht ankommt, zu polemisieren. Man begnügt sich ihnen gegenüber mit der einfachen Konstatierung der Thatsachen.

**Im socialdemokratischen Wahlverein in Lüneburg** wurde, wie das „Vollblat“ für Harburg berichtet, einstimmig beschlossen, sich an den Kirchenvorstandswahlen zu beteiligen. Öffentlich verkündet man nicht, die Kandidaten zuvor auf das Parteiprogramm zu verpflichten, um etwaigen Steigmälerien von vornherein vorzubeugen.

Wenn nun aber ein Parteigenosse disziplinos genug ist, sich diesem Beschlusse nicht zu fügen, weil er die Beteiligung an diesen Wahlen für überflüssig hält?

**Spanischer Parteitag.** Das Nationalkomitee der spanischen socialistischen Arbeiterpartei erläßt einen Aufruf, mit dem es den fünften Parteitag auf den 16. September nach Madrid einberuft. Aus der Tagesordnung nehmen wir folgende Punkte: Leitung und Geschäftsführung des Nationalkomitees. Verhalten und Geschäftsführung der Partei-Erwählten. Verhalten der Parteidelegation auf dem internationalen socialistischen Kongreß in London. Anträge auf Abänderungen der Partei-Organisation, sowie zur politischen Agitation und zur Organisation des Proletariats. Repräsentation der Partei auf dem nächsten internationalen Kongreß.

Die von den Sektionen eingereichten Anträge beziehen sich meist auf das Verhältnis der Sektionen zueinander und im Verkehr mit dem Nationalkomitee, sowie auf Erhöhung der Sektionsbeiträge. Wichtiger sind die Anträge zur politischen Taktik und zur Propaganda-Organisation. Die ersteren empfehlen meist zur Abwehr der drohenden politischen Reaktion ein Zusammengehen mit dem radikalen Flügel der bürgerlichen Parteien, das heißt den republikanischen Föderalisten und den radikalen Republikanern; die Anträge zum Kapitel „Presse“ verlangen das tägliche Erscheinen oder eine bedeutende Vergrößerung des offiziellen Centralorgans. Für die Umgestaltung des „Socialista“ zu einem Tagesblatte sprechen sich eine Reihe der größeren Sektionen aus (z. B. die von Madrid, Barcelona, Alicante, Ortuella zc.), sowie auch das Nationalkomitee selbst.

### In Rennes.

**Die Freitag-Sitzung**

des Kriegsgerichts wird um 8 Uhr 35 Min. eröffnet. Es wird eine von zwei Ärzten unterzeichnete Bescheinigung verlesen, in welcher attestiert wird, daß der

#### Gesundheitszustand du Paty de Clam

ihm nicht gestatte, vor Gericht zu erscheinen und Zeugnis abzulegen.

Labori verlangt, es sollen von Seiten des Gerichts Ärzte bestimmt werden, um amtlich den Zustand du Paty de Clam festzustellen.

Der Präsident erwidert, dies sei unnötig, er halte das vorliegende Attest für vollkommen ausreichend. (Bewegung.)

#### Vom Esterhazy.

**Stroung Rowland,** Korrespondent englischer Blätter, macht Mitteilungen über seine Zusammenkünfte mit Esterhazy. Letzterer habe erklärt, der Generalstab sei im Besitze von 188 Schriftstücken, die gegen Dreyfus sprächen. Esterhazy habe dann hinzugefügt, daß er das Vorderaus gefälschten habe. Die Schriftstücke des Vorderaus seien Deutschland von Dreyfus geliefert worden.

Hierauf wird die Aussage Weiss verlesen, welcher im Jahre 1878 Offizier im Generalstabe war. Er kannte Esterhazy und erlennt die Schrift des Vorderaus als diejenige Esterhazy's wieder. Er erwähnt eine Aeußerung des letzteren, welche dahin ginge, daß Dreyfus, obwohl er unschuldig sei, verurteilt werden würde, weil er Jude sei.

Sodann wird eine Note des Ministeriums verlesen, durch welche die Ermächtigung erteilt wird, daß im Beratungszimmer die Regimentsnoten des ehemaligen Ordemannsoffiziers Picquart's, Savignoneau, Labori mitgeteilt würden.

Der nächste Zeuge, ein früherer Diener im Kriegsministerium, sagt aus, er habe gesehen, wie Dreyfus die Liste, in welcher die Truppen-Einrichtungsstellen angegeben sind, kopierte.

Dreyfus erwidert: „Ich kopierte die Liste auf Befehl des Hauptmanns Wesse.“ (Bewegung im Saale.)

#### Die Schreibfachverständigen.

Sodann folgen die Aussagen der Schreibfachverständigen. Der erste ist Gobert, Schreibfachverständiger der Bank von Frankreich und des Appellgerichts. Gobert sagt aus, die Handschrift des Vorderaus sei nicht die von Dreyfus und erwähnt die gegen ihn (Gobert) gerichteten Angriffe. Dann wendet er sich Dreyfus zu und ruft: „Ich habe kein Recht, mich zu beklagen, wenn ich diesen Ungläublichen hier ansehe.“ (Anhaltende Bewegung im Auditorium.) Gobert geht sodann näher auf die Gutachten der Schreibfachverständigen ein. Man habe ihn verweigert, das Vorderaus durch Photographien photographieren zu lassen. Das Ministerium habe den Vorwand gebraucht, daß sonst ganz Paris das Vorderaus am nächsten Tage kennen würde. Man hat ihm auch den Namen des vermutlichen Schreibebers des Vorderaus vorenthalten. Sein dahingehendes Eruchen sei vom Ministerium mit Entrüstung aufgenommen, und gleichzeitig sei die Schrift-

untersuchung Vertillon übertragen worden, der nach seiner Arbeit von einigen Stunden ganz bestimmt Dreyfus der Uebereinstimmung bezichtigt habe. Nach seiner (Gobert's) Uebereinstimmung sei das Vorderaus das Wert Esterhazy's; man brauche bloß die Handschriften zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen. (Bewegung.) Gobert bespricht sodann die Handschriften vom technischen Standpunkt und kommt zu dem Schlusse, daß Esterhazy der Verfasser sei. Dieser Schlus finde auch seine Bestätigung durch die Art des verwendeten Papiers; es sei dasselbe wie das Vorderaus Ende Juli 1894 geschrieben. Die Flüssigkeit der Schrift folge den Gedanken einer Nachahmung aus.

Es folgt nun eine Auseinandersetzung zwischen Gobert und Gouge. Letzterer will konstatieren, daß Gobert sich zahlreiche Indistinktionen habe zu schulden kommen lassen; dieser dementiert mehrere Behauptungen Gouges.

Gouge insinuiert, die Beschäftigungen Goberts in der Bank ermöglichten diesem, über Dreyfus Mitteilungen zu erhalten. Zeuge bringt gewisse Behauptungen über Einzelheiten vor, die sich auf die Uebergabe des Vorderaus an den Sachverständigen beziehen.

Gobert protestiert und beruft sich dabei auf d'Abville; aber dieser Zeuge, der vorgelesen wird, erklärt, er habe Gobert nie gesehen. (Lärme.)

Dreyfus erklärt, er habe niemals Beziehungen zur Bank von Frankreich gehabt.

Hierauf wird Vertillon aufgerufen. Derselbe erscheint, gefolgt von 4 Männern und einem Korporal, welche umfangreiche Papiere und Batele tragen.

Vertillon öffnet dieselben und beginnt seine Aussage. Es ist sehr schwer, seinen Ausführungen zu folgen, obgleich er, um sie verständlich zu machen, sich seines Materials bedient. Vertillon sucht zu beweisen, 1. daß das Vorderaus ein nachgeahmtes Schriftstück sei, 2. daß dasselbe nur von Dreyfus fabriziert sein könne, und 3. daß es zwar fälschlich geschrieben sei, jedoch unter Benutzung eines Wortmusters, das unter das dünne Papier des Dokuments transparentartig geschrieben worden sei. Vertillon verteilt an die Richter und die Advokaten Photographien des Vorderaus und der von ihm ausgeführten Untersuchungen.

Der Saal gewährt einen interessanten Anblick. Vertillon, welcher sich dem Tische genähert hat, an welchem die Richter sitzen, zeigt denselben gewisse Besonderlichkeiten, welche er vorher hervor gehoben hatte. Die Verteidiger haben gleichfalls ihre Plätze verlassen und sich dem Sachverständigen genähert. Die Mitglieder des Kriegsgerichts haben sich hinter Jouaust ausgeföhrt.

Dreyfus sieht mit Staunen zu.

Das Publikum, welches nicht von den Erklärungen Vertillons wahrnehmen kann, verläßt den Saal. Nachdem Vertillon in ausführlicher Weise seine Ansicht über die Herleitung des Vorderaus dargelegt, erklärt der Präsident, es sei wünschenswert, eine Pause einzutreten zu lassen.

Hierauf wird die Sitzung um 1/2 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung führt Vertillon in seiner Darstellung fort und vergleicht mehrere Worte des Vorderaus mit anderen Worten von Vergleichscharakteren. Zeuge wiederholt seine Aussagen vor dem Kriegsgericht, legt das ganze Vorderaus auf eine entsprechende Schreibunterlage und bemüht sich, zu beweisen, daß irgend ein Schreiber, der im Besitze des Modells gewesen, das ganze Vorderaus reproduzieren konnte.

Vertillon fährt sodann aus, er habe in dem Vorderaus eine Anzahl Buchstaben gefunden, deren Uebereinstimmung er mit Buchstaben in Briefen an Madame und Mathieu Dreyfus nicht habe finden können und legt dem Kriegsgericht entsprechende Photographien vor. Zeuge erinnert alsdann an den Aufruf von Dreyfus vor dem Kriegsgericht von 1894: „Ah, Clender, Du hast mich also schreiben lassen!“

Dreyfus hört teilnahmslos zu.

Vertillon sagt nun, er wolle eine praktische Demonstration vornehmen und indem er sich setzt, geht er daran, das Vorderaus zu schreiben. Nach Verlauf einer Viertelsunde zeigt er seine Arbeit dem Kriegsgerichte vor. Man hört ihn sagen: „Ich hatte einen ungünstigen Platz“, woraus man schloß, daß sein Versuch nicht geglückt sei. Vertillon wird morgen seine Aussagen fortsetzen.

Die Sitzung wird um 11/4 Uhr geschlossen.

### Vertillons System.

Ueber die famose Verneinung des Schreibfachverständigen Vertillon berichtet das „Berl. Tageblatt“:

Vertillon bittet den Präsidenten um Erlaubnis, sein Material hereinbringen zu dürfen. Der Präsident nickt. Und nun erscheint das, was Vertillon sein „Material“ nennt. Der Aufmarsch seines Kamevalzuges hat niemals einen größeren Heiterkeitserfolg gehabt. Vier kräftige Unteroffiziere schleppen, hochrot vor Anstrengung, Kartenmappen in Mannshöhe, gigantische Pläne, einen Berg metergroß, mit Photographien und Plänen besetzter Plätter herein. Das Publikum schweigt in Heiterkeit. Der Präsident, die Richter, der Regierungskommissar, alles lacht. Vertillon öffnet die erste Mappe (man muß ihm einen besonderen Tisch bringen, um sie ausbreiten zu können). Er beginnt: Die mündliche Darstellung meiner Theorie ist nur für eine sehr geringe Anzahl von Personen verständlich. (Erneute Heiterkeit.) Ich bitte daher das Kriegsgericht, Photographien und anderes Material vorlegen zu dürfen. Der Präsident nickt feugend.

Vertillon sucht dann, so weit man die Sache versteht, zu erklären, daß das Vorderaus ein Schlüsselwort habe, das Wort „interd“, und daß man mit Hilfe dieses Schlüsselworts die Worte des Vorderaus in andere Worte verwandeln und so den geheimen Sinn herausfinden könne. Er hält ein metergroßes Schema in der Hand und überreicht jedem Richter eine kleinere Nachbildung davon. Der Präsident schwankt zwischen Heiterkeit und Verzweiflung. Man kann den Richtern ansehen, daß sie kein Wort verstehen. Allmählich schlummert der Saal ein. Nur die Generalstabszeugen, die Vertillons Ausführungen für sehr beweiskräftig erklärt haben, wachen noch verpflichtet, Aufmerksamkeit zu heucheln.

Nachdem Vertillon eine halbe Stunde gesprochen hat, kommt es zu einer Scene hoher Komik. Vertillon breitet auf dem Tische des Kriegsgerichts vor dem Präsidenten einen großen Plan aus, auf dem er mit Hilfe eines durchsichtigen Linienblattes irgend etwas, es ist schwer zu sagen, was, zu beweisen sucht. Die Richter und Erfahrungsrichter erheben sich, und es bildet sich eine gemüthliche Gruppe, in deren Mitte Vertillon dociert. Labori und Demange bitten, gleichfalls mit heranzutreten zu dürfen. Der Präsident ladet sie mit vergnügtem Lächeln ein, als wollte er sagen, geteilter Schmerz ist halber Schmerz. Nach einer Weile wirft Labori mit der Seite eines Mannes, der absolut nichts begreift, die Arme gen Himmel und lehrt auf seinen Platz zurück. Die Richter können ihre Heiterkeit nicht verheizen. Vertillon aber ruft, seine Stimme prophetisch erhebend, aus: „Dieses Phänomen ist nicht natürlich und Dreyfus kann der Autor des Vorderaus sein.“

Um 10 Uhr unterbricht der Präsident ihn und läßt eine Pause eintreten. Nachdem er mehrere Stunden sein Publikum zur Verzweiflung gebracht hatte, erklärt Vertillon nunmehr, nach seinem System genau die Schrift des Vorderaus herzustellen zu wollen, er setze die Brille auf und beginnt zu schreiben, während der Saal in ironischer Stimmung verharrt. Als Vertillon nach zehn Minuten noch immer schreibt, fragt ihn der Präsident, ob er noch nicht fertig sei. Endlich überreicht Vertillon sein Opus. Die Richter, der Regierungskommissar und der Greffier bilden eine Gruppe. Keugierige Betrachtung, hierauf allgemeines Kopfschütteln. Vertillon erregt: „Ich habe unter schlechten Bedingungen gearbeitet. Die Tischplatte ist nicht glatt.“

Ueber die Mittwoch-Sitzung und die in ihr erscheinenden Zeugen erhalten wir aus Rennes unterm 28. August noch folgenden Bericht:



Die Herrenhäusler und der „Vorwärts“.

Als letzten Gegenstand der Tagesordnung erörterte das Herrenhaus in seiner Sitzung vom 26. August die Klage gegen den „Vorwärts“: Der mündliche Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über ein Schreiben des Justizministers betreffend die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des „Vorwärts“ wegen Verleumdung des Herrenhauses durch einen Artikel „Der Tag der Herren“ vom 6. Juli 1899.

Der Artikel des „Vorwärts“, überliefert: Der Tag des Herrn (Heiterkeit), der Tag der Herren, behandelt die Sitzung vom 6. Juli, in welcher über den Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen verhandelt wurde. Der Artikel hat eine ziemlich Länge, einige Punkte desselben sind von der Staatsanwaltschaft als Verleumdungen angesehen worden, der Justizminister ist daher um die Ermächtigung zur Strafverfolgung eingekommen. Ich werde mir erlauben, Ihnen die Stellen vorzutragen, welche nach dieser Richtung ins Gewicht fallen. Es heißt da gleich zum Eingange:

„Wenn die zu lebenslänglichem Herrenhaus verurteilten, geborenen Gesetzgeber Preußens, die Prinzen, Herzöge, Fürsten, Grafen und Freiherren nebst ihrem Gefolge einfacher Vönd in ihrem Herrenapparat durch ihre weder Tag noch Nacht ruhende Thätigkeit fürs Vaterland demnach gestört sind, daß ihnen keine Sommerfrische, kein Badeort mehr die nötige Ruhe und Erholung zu gewähren vermag, so pflegen die Hausärzte den erkrankten Herren ein letztes Mittel zu verordnen: Sie schicken die Patienten in eine Sitzung des Herrenhauses. Hier finden sie Ruhe und Frieden. Niemand bietet sich die hygienische Gelegenheit zu einem kräftigen Nachmittagschlaf in solcher Vollkommenheit dar, wie bei dem einstönigen Redegeplätzchen dieser feudalen Hütensparlamentarier.“

Es folgt dann eine Beschreibung der Art, wie hier beraten wird, und nachher noch ein Passus, der ebenfalls Anlaß giebt, eine Verleumdung darin zu erblicken. Er beginnt mit den Worten:

„Der Abnehmhalt feiert in diesen Gefächern seine seltsamen Mythen. Man ist gar nicht im Stande, die ganze Fülle der Gedanken herauszulassen, die hinter diesen in uralter Fucht an die Bedingungen eines preußischen Herrendaseins allmählich angepöngelten Stricken nicht vorhanden sind. Gewiß sind sie nicht alle Schönheiten, dafür aber verbrieft Grafen vom Geiste. Eine hübsche Reimung, die Augen zeitweise zu schließen, vertieft noch den sinnigen Charakter dieser aus der Vorzeit stammenden Persönlichkeiten.“

Ich glaube, den übrigen Inhalt des Artikels hier übergeben zu können und mich darauf beschränken zu sollen, daß da mehr oder weniger scharfe Spitzen gegen einzelne Mitglieder dieses hohen Hauses enthalten sind, namentlich gegen ein hochgeschätztes Mitglied.

Meine hochverehrten Herren, es ist eine bekannte, aber beklagenswerte Erscheinung, daß die Jagelloffigkeit in der Presse einen sehr hohen Grad erreicht hat. (Zustimmung.) Leider haben wir infolge der Pressefreiheit nur geringe Mittel, dieser Jagelloffigkeit entgegenzutreten. Daß in einem Teil unserer Presse die höchsten und ehrwürdigsten Institutionen in den Staub gezogen werden, daß alle Autoritäten herabgeschickt werden, das unterliegt gar keinem Zweifel. Die einzige Gelegenheit, solchen Dingen entgegen zu treten, bietet sich im allgemeinen nur, wenn es sich um wirkliche Verleumdungen handelt. Wünschenswerter wäre es ja, wenn in diesen Fällen die Staatsanwaltschaft von selbst einschreiten könnte, wenn nicht jedesmal die Genehmigung des betreffenden Parlaments notwendig wäre. Ich will Sie daran erinnern, daß in diesem Hause früher die Gepflogenheit herrschte, daß derartige Genehmigungen nicht erteilt wurden. Aber das hohe Haus ist von dieser Gepflogenheit in einem Falle, der es erst vor wenigen Wochen beschästigte, abgewichen. Allerdings war die Majorität, die damals dem Antrag auf Verfolgung zustimmte, eine sehr geringe. Auch heute sind die Ansichten nach dieser Richtung sehr geteilt; in der Kommission hat sich das gezeigt. Wenn trotzdem sich da eine Majorität für die Strafverfolgung gefunden hat, so ist das nur dem Umstande zuzuschreiben, daß jene Verleumdungen in dem Zentralorgan der socialdemokratischen Partei, im „Vorwärts“, eine große Verbreitung im Publikum gefunden haben. Aus diesem Gesichtspunkte heraus schlägt die Kommission dem hohen Hause vor, die erforderliche Genehmigung zu erteilen.

Graf Suttner-Gzypski:

Aus der Verhandlung des Hauses vom 12. Mai d. J. hat man im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß das Herrenhaus nur für dies eine Mal von seiner sonstigen Gepflogenheit abgegangen sei, um nicht die Strafbarkeit für Verleumdungen zum Grundsatz zu erheben. Heute scheint nun ein anderer Grundsatz aufgestellt werden zu sollen, nämlich, daß man in jedem einzelnen Fall erwägen soll, ob die Verleumdung eine Strafe verdiene. Der vorliegende Fall ist aber nicht besonders hierzu geeignet. Man kann von niemand mehr verlangen, als er nach seiner Bestimmung und Gewisheit leisten kann. Daß die Ausführungen des „Vorwärts“ nicht gerade fein waren, das liegt in seiner Natur. Wir haben aber nicht den Beruf, den „Vorwärts“ zu erziehen, weder durch Belehrung noch durch Bestrafung. Die Staatsregierung selbst verfährt ja nach diesem Grundsatz. In den letzten Monaten sind gegen einzelne Mitglieder derselben, vor allem gegen den Präsidenten und Vizepräsidenten des Staatsministeriums Ankerungen laut geworden, und das in angelegenen Blättern, deren Ankerungen ganz andere Bedeutung haben, als die des „Vorwärts“ und die nach Form und Inhalt beleidigend waren. Strafanträge sind aber seitens der Regierung nicht gestellt worden, und ich glaube auch, sie werden nicht gestellt werden. Unangenehm ist ja das Verfahren der Presse, häufig Wahres und Falsches zusammen zu mengen und dann aus einer solchen erfundenen Grundlage falsche Konsequenzen zu ziehen. Ich erinnere da nur an den Antrag des Grafen Mirbach betreffend das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen. Leider hat damals auch diejenige Korrespondenz, deren sich die Regierung bediente, um ihre Ansichten der Presse mitzuteilen, einen Artikel über die Sitzung geschrieben, welcher an Unangenehmkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Dieser Umstand veranlaßt mich, auch bei dieser Gelegenheit ganz beiläufig zu bemerken, daß ich sowohl wie eine große Zahl meiner Freunde bezüglich des Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen vollständig auf dem gleichen Standpunkte stehen, wie Graf Mirbach, und daß wir nur aus anderen Gründen nicht mit ja stimmen zu können glauben. Derartige Einstellungen von Thatsachen sind viel unangenehmer als Verleumdungen, da man gegen sie vollkommen machtlos ist. Angesichts dieser Thatsachen hat man gar keine Veranlassung, Verleumdungen so ernst zu nehmen, wie der Berichterstatter es wünscht.

Graf Altdorfer:

Ich gebe von vornherein zu, daß der Artikel des „Vorwärts“ nicht gerade sehr schwere Verleumdungen gegen das Haus enthält, daß er mehr satirischer Natur ist und, wenn es sich darum handelte, zum erstenmale eine Verleumdung wegen Verleumdung einzuleiten, so würde ich gewiß diesen Artikel nicht dazu ansetzen, um das bisherige Prinzip zu durchbrechen. Dieses Prinzip ist aber bereits durchbrochen worden, und ich kann sagen: zu meiner Freude. Daher dürfen die Herren, die damals für die Durchbrechung gestimmt haben, heute kaum gegen den Antrag stimmen, sonst würden sie damit sagen: die Verfolgung ist abhängig von dem Grade, wie man sich über diesen oder jenen Artikel geärgert hat. (Sehr richtig! rechts.) Wenn auch die

Strafe bei solchen Prozessen gewöhnlich keine sehr hohe ist, so tragen doch die Kosten ziemlich viel, und Sie werden mir zugeben, daß die Socialdemokratie, die das Großkapital theoretisch bekämpft, doch auf den Wert desselben ungemein verfallen ist. Ich bin der wohlgegründeten Ansicht, daß die schärfste Strafe, die die Socialdemokratie treffen kann, eine Entziehung von Geld ist. Deshalb werde ich in jedem Falle von Verleumdungen für die Verfolgung von socialdemokratischen Zeitungen stimmen.

Oberbürgermeister Becker:

Der Grundsatz, daß nachdem einmal mit dem bisherigen Princip gebrochen ist, nun jede Verleumdung des Herrenhauses verfolgt werden müßte, läßt sich in die Praxis gar nicht umsetzen. Auch das kann für uns nicht maßgebend sein, ob die socialdemokratische Partei durch die Verfolgung solcher Verleumdungen finanziell geschädigt wird; es handelt sich vielmehr ausschließlich darum: Was entspricht der Würde des Hauses am meisten? (Sehr richtig!) In dieser Hinsicht hat Herr v. Levetzow seiner Zeit ganz recht gehabt mit der Bemerkung, es müßten nur solche Verleumdungen verfolgt werden, durch welche die öffentliche Meinung irreführt wird. Dieser Fall liegt hier aber nicht vor. Der Artikel ist in Wirklichkeit geschrieben und leidet an so großen Uebertreibungen, daß der einfache Mensch sehen muß, daß er den Thatsachen nicht entspricht. Der Artikel enthält außerdem ganz gemeine Verleumdungen gegen einzelne Mitglieder des Hauses und wenn er deswegen durch das Haus selber verfolgt werden könnte, so würde ich einer solchen Verfolgung gewiß zustimmen. Das ist aber nicht möglich und ich bin der Ueberzeugung, daß man die Verfolgung von Verleumdungen des Hauses auf die allerdingenfalls Fälle beschränken soll.

v. Levetzow:

Ich wünsche nicht, daß irgend ein Princip aufgestellt wird. Meiner Anschauung entspräche es weder, daß in jedem Falle zu verfolgen sei, noch daß die Verfolgung stets zu unterbleiben habe. Es muß von Fall zu Fall geprüft werden, und da halte ich den Gesichtspunkt des Vordrängers für sehr richtig, ob im einzelnen Falle die öffentliche Meinung irreführt ist oder nicht. Der vorliegende Artikel ist ja allerdings hundsgemein (Heiterkeit), namentlich in soweit er sich gegen einzelne Mitglieder richtet. Da aber die Anklage hier nur erhoben werden kann wegen Verleumdung des Herrenhauses als solches, so glaube ich, daß man in diesem Falle besser, über den Artikel zu lachen, als die Verfolgung einzuleiten. Ich werde daher gegen den Antrag der Kommission stimmen.

Die Erörterung wird geschlossen, der Antrag der Kommission mit geringer Mehrheit angenommen.

Kommunales.

Die Ersten Fleischbeschauer sind jetzt als pensionsberechtigte lebenslänglich angestellte Gemeindebeamte vom Königl. Ober-Verwaltungsgericht anerkannt, nachdem bereits der Bezirksauschuss in gleichem Sinne entschieden hatte. Der seit 20 Jahren im städtischen Dienste stehende Erste Fleischbeschauer Julius Ling klagte auf Anerkennung der ihm als Gemeindebeamten gebührenden Steuerermäßigung. Bei Ausübung seines Dienstes hatte er sich im Jahre 1889 eine schwere Bluterkrankung des einen Auges zugezogen, und da auch das zweite im Mittelstadium gezogen wurde, konnte er zum Mikroskopieren nicht mehr herangezogen werden, weshalb ihm die Funktionen eines Ersten Fleischbeschauers übertragen wurden. Als solcher hatte er neben Bureau- und Aussenarbeiten auch die Dienstaufsicht über die anderen Fleischbeschauer zu führen. Nach dem im Wortlaute vorliegenden Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts machte der Rechtsbeistand des Magistrats in der Revisioninstanz hauptsächlich folgende Einwendungen gegen das Urteil des Bezirksauschusses geltend: „Als durchschlagendes Moment für die Anerkennung der Beamten-eigenschaft sei in erster Instanz die amtliche Verleumdung angesehen worden. Nun sei aber nach den Ausführungen des Reichsgerichts-Urteils vom 7. März 1898 in Sachen des Fleischbeschauers Naake eine solche Verleumdung lediglich irrtümlich erfolgt und daher völlig unerheblich. Der Kläger hätte vielmehr als Sachverständiger auf Grund des § 36 der Gewerbe-Ordnung verurteilt werden müssen. Jedenfalls stehe der Annahme des Beamtenverhältnisses schon der Umstand entgegen, daß seine Qualifikation durch einfache Verfügung des Polizeipräsidenten zurückgenommen werden könne, ohne daß dabei dem Magistrat irgend welche Mitwirkung oder gar ein Widerspruch eingeräumt wäre.“ — Demgegenüber kommt das Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts zu folgenden Schlüsselfolgerungen: „Der Eid ist nach der Rechtsprechung des Reichshofes für die Beamten-eigenschaft nichts wesentliches (wesentliches), so daß diese vorhanden sein kann, auch wenn eine Verleumdung unterblieben ist, wie umgekehrt die Ableistung des Dienst-Eides an und für sich noch keine Beamten-eigenschaft begründet. Für die Eigenschaft eines öffentlichen Beamten spricht neben den Anstellungsmodalitäten auch die Natur der Verrichtung. Der Kläger war seit 1885 nicht mehr als Sachverständiger, sondern als Bureau- und Aussenbeamter beschäftigt, der die Aussenführung zu verwalten, Anordnungen abzugeben, zu verbuchen und mit der Hauptkasse der städtischen Werke abzurechnen hatte. Eine derartige Beschäftigung aber muß als eine Beschäftigung im höheren Bureaudienst erachtet werden. Hiernach war die Vorentscheidung auf Kosten des Beklagten zu bestätigen.“

Den Mitgliedern des Geographenkongresses, der hier am 30. September zusammentritt, wird die Stadt Berlin auf Beschluß des Magistrats im Zoologischen Garten ein Festessen geben.

lokales.

Die nächste Lokalliste erscheint am 10. September. Die Lokalkommissions-Mitglieder Berlins, insbesondere aber die der Vororte werden erjucht, Änderungen resp. Renaufnahmen bis spätestens zum 6. September an Genossen Carl Scholz, Drangelstraße 110, einzusenden. Spätere Zulassungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Achtung, 5. Wahlkreis. Am Sonntag, den 27. August, veranstalten die Genossen des 5. Kreises einen Familienausflug zur Jassalleiter nach Johannisthal, Restaurant Senfleben, Köppler- und Friedrichshagen-Gräben. Abfahrt früh 8 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz. — Rückzüge im gemauerten Lokal. Die Genossen werden gebeten, sich mit ihren Familien zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Montag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, findet in den Armirenhallen, Kommandantenstr. 20, ein Vortrag des Herrn Dr. W. Vorhager zum Goethe-Jubiläum statt. Das Thema lautet: „Neben Goethes naturwissenschaftliche Arbeiten.“ Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und Gäste bittet Der Vorstand.

Freie Volkstheater. Die Winterreise des Spieljahres 1899/1900 beginnt am Sonntag, den 3. September, im Lessing-Theater mit Gustav Freitags Lustspiel in vier Akten: „Die Journalisten“ unter Direktion Otto Reumann-Hofer. Die Vorstellungen dieser vierten Serie folgen am 3., 10., 17., 24. September und am 1. und 8. Oktober.

Die Vorstellungen der Serie 6 werden nicht mehr im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, sondern im Oskend-Theater, Gr. Frankfurterstraße (Direktion Karl Weiß) stattfinden. Als Erst-Aufführung im Oskend-Theater beschloß der Ausschuss

Goethe's „Faust“ I. Teil zur Erinnerung an Goethes 150-jährigen Geburtstag zur Aufführung zu bringen und zwar am 24. September, 1., 8., 15., 22. und 29. Oktober.

Eine besondere Goethe-Feier findet außerdem für alle Mitglieder am Montag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße, statt. Herr Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner hat den Vortrag des Abends übernommen: „Goethe und die Gegenwart“. Die Versammlung ist öffentlich und der Zutritt gegen ein beliebiges Entree gestattet.

In den Jahrestellen gelangen von heute Donnerstag ab die Mitgliederarten zur Ausgabe für die alten Mitglieder und die bereits vom Vorstand aufgenommenen neuen Mitglieder. (Siehe heutiges Inserat.) Der Juli-Beitrag wird nicht erhoben, dagegen für alle Mitglieder August und September und von den neuen Mitgliedern Eintrittsgeld 65 Pf. und der September-Beitrag. Die ersten 4 Abteilungen sind geschlossen.

Bei event. Umschreibungen in andere Jahrestellen muß die Abmeldung in der bisherigen Jahrestelle erfolgen. Die neuen Mitgliederarten sind nur in den alten Jahrestellen für die Uebertretenden erhältlich. Jahrestelle Nr. 22 befindet sich nicht mehr in der City-Passage, sondern im Restaurant von Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Achtung, Ordner! Eine Ordnerziehung findet am Sonnabend, den 28. August, 8 1/2 Uhr im Restaurant Jubel statt zur Neueinteilung der Ordnerkommission.

Das Erscheinen aller Ordner ist erforderlich.

J. A.: G. Winkler.

Die bösen Arbeiter-Konsumvereine. Durch die konservativen Blätter geht zur Zeit folgender Versammlungsbericht: Ein Kampf-mittel der Socialdemokratie. Der „Centralverein selbständiger Gewerbetreibender der Luisenstadt“ hielt vorgestern eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab, welche sich mit der Frage der „Arbeiter-Konsumvereine“ beschäftigte. Der Referent Namens legte dar, daß es sich bei diesen von dem Privatdozenten Dr. Arons ins Leben gerufenen Konsumvereinen um eine ausgesprochene socialdemokratische Partei-Unternehmung handele. Man wolle, wie man selbst unumwunden zugestanden habe, durch Gründung solcher Genossenschaften den Agitatoren der Partei geschulte und einträgliche Lebensstellungen als Geschäftsführer verschaffen. Ferner gelte es, in Fällen von Streik in den Konsumvereinen einen starken Rückhalt für die Arbeiterbewegung zu bilden. In der sehr lebhaften Diskussion wurde das Verhalten des Dr. Arons scharf gezeilt. Es gelangte eine Protestresolution in diesem Sinne zur Annahme, die sämtlichen Lieferanten des Rabatt-Sparvereins Süd-Ost zugestellt werden wird.

Wir stellen demgegenüber fest, daß Genosse Arons überall dort, wo er für das Konsum-Genossenschaftswesen eingetreten ist, betont hat, daß die Gründung von Konsumgenossenschaften von der Sache der gewerkschaftlichen noch der politischen Organisation sein dürfe. Einen sehr beherzigenswerten Artikel in diesem Sinne hat Arons erst kürzlich in der „Streichischen Zeitschrift“ „Die Gewerkschaft“ (Nr. 3, 1899) veröffentlicht. Herr Namens, der noch längeren Jresfahrten sein Herz als Mittelstandbreiter entdeut hat, wird auch diese Erklärung nicht an der Wiederholung seiner bereits etwas abgeleiteten Antikonsumvereins-Ausführungen hindern. Damit er denselben einen neuen Reiz verleihen kann, wollen wir ihm ver-raten, daß Arons eigentlich nur deshalb den Konsumgenossenschaften das Wort redet, um für den Fall, daß er doch noch einmal gemah-regelt wird, eine Verwalterstelle ergattern zu können.

Die Berliner Polizei liebt es in diesen Tagen, dem Publikum mit ungläublichen Konstellationen Mittel aufzugeben. Nachdem am Mittwoch der „Vorwärts“ aus Ursachen, die auch jetzt noch kein Mensch zu ahnen vermag, beschlagnahmt worden ist, hat man sich gestern am Alexanderplatz darin gefallen, eine in jeder Beziehung harmlose Dankagung Zolas zu konfiszieren. Von der Direktion des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters erhalten wir folgende Jufschrift: „Auf dem Theaterzettel des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters prangte an den Aufschlagstulen vor einigen Tagen das Raffsimile Emile Zolas. Die in französischer Sprache reprodizierten drei Zeilen, denen eine deutsche Uebersetzung beigelegt war, enthalten nichts weiter, als eine höfliche Dankagung des berühmten Dichters an die Direktion, dessen dramatischer Roman „Germinal“ im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater aufgeführt wird. Der Text lautet: Avec mes vifs remerciements pour la bonne nouvelle que vous me donnez et dont je suis touché infiniment. (Höflichen Dank für Ihre Mitteilung, die mich auf das angenehmste berührt hat.) Emile Zola. Als diese Worte willkürlich vom Theaterzettel fortgelieben, glaubte man an ein Versehen des Setzers. Nachdem aber am folgenden Tage trotz erneuter Weisung diese harmlosen Worte wieder fortgelassen wurden, fragte die Direktion bei der Firma Kaud u. Hartmann nach dem Grunde dieser eigennützigen Korrektur. Dem Beauftragten der Direktion wurde nun folgender Befcheid: „Das Polizeipräsidium erlaubt nicht, daß diese Dankagung auf dem Zettel steht. Wir müßten sie auf Veranlassung der Polizei entfernen. Uebrigens hätten wir deswegen beinahe eine Strafe zahlen müssen.“ — Die Direktion überläßt es der öffentlichen Meinung, sich ein Urteil über diese neueste Polizeicensur zu bilden.“ Das Publikum ist mit seinem Urteil über die Polizei längst fertig.

Die eisenbahnähnliche Ueberfülltheit treibt in diesem Jahre besonders liebreizende Blüten. Ein Stärkefabrikant hatte sein Fabrikat unter Anbringung eines Bildes anpreisen lassen, das eine junge Wäscherin darstellte, die das geplättete Vorhemd einem vergnügt dazwischen schauenden älteren Herrn zurechtzupft. Diese Wäscherin oder Plätterin darstellung muß der Bahnverwaltung, nachdem das Bild viele Monate in allen Jägen der Stadt- und Ringbahn gefahren war, anständig erschienen sein, denn plötzlich war der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge die halbe Weiblichkeit verschwunden, und der alte Herr stand allein auf dem Bilde, und man konnte zweifelhaft sein, ob sein Gesicht mehr Vergnügen über das steif geplättete Oberhemd oder Kerger über die hinweg-censurierte Plätterin ausdrücken sollte. In einem anderen Falle pries ein Möbelfabrikant seine Schlafsofa in einem großen Giebelwandbilde an, das ein solches Schlafsofa und einen Mann darstellte, der mit freudiger Miene sich auf dem Sofa niederlegt. Der Mann war in ein durchaus decentes Nachtgewand gekleidet dargestellt; trotzdem hat er das Schlafsofa räumen müssen, denn als kürzlich das Bild erneuert wurde, war der Mann verschwunden, und nur das Sofa durfte an dem Giebel bleiben. Der Möbelfabrikant hat sich nun dadurch entschädigt, daß er an einem andern Giebel, der auch auf den Südring zu gerichtet ist, wo aber die Bahnverwaltung über die Giebelmalung „mit to seggen“ hat, sein Schlafsofa mit einer darin ruhenden jungen Dame hat abbilden lassen. Neuerdings sollen der Bahnverwaltung einige Reklamebilder, in welchen Kinderernährungsmittel unter Anwendung von Storchbildern angepriesen werden, große Bedenken verursacht haben. — „Dieweil in jeder großen Stadt man überreine Sitten hat“ — heißt es im Jahrmarttsfest zu Plundersweilern.

Der Segen der Organisation für die Arbeiterklasse wird an einer Stelle hervorgehoben, wo man das eigentlich nicht erwarten sollte: in dem letzten, die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899 behandelnden Jahresbericht des „Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller“. Ueber den Berliner Papierhandel wird dort gesagt, daß die Verjorgung der großen Banken, Versicherungen- und industriellen Gesellschaften, Fabriken, Warenhäuser usw. Berlins mit Papier und Drucksachen eine wichtige Rolle spielt. 1898 hat dieser Verbrauch sehr erheblich zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen in den graphischen Betrieben, sagt der Ve-

richt, sei auf 3-4 Proz. gesunken, die Löhne seien durch-  
wegs gefallen, wozu die kranke Organisation  
der Gewerkschaften nicht wenig beigetragen habe. —  
Darum sind auch die Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse  
dem Unternehmertum so verhasst!

**Die Trennung der Geschlechter in der Schule** ist in Berlin  
für die Gemeindefschule nicht allgemein durch-  
geführt. Es bestehen nicht nur an vielen Gemeindefschulen  
Knaben- und Mädchenklassen neben einander, sondern es gibt solche  
Klassen, in denen beide Geschlechter gemeinsam unterrichtet werden,  
sogenannte „gemischte“ Klassen. In dem laufenden Sommersemester  
sind von den jetzt 229 Schulen 84 nur von Knaben und  
89 nur von Mädchen besucht, während die übrigen 56 von  
Knaben und Mädchen besucht sind. Zu diesen 56 gehören die  
meisten katholischen Schulen. Die Vereinigung von Knaben-  
und Mädchenklassen zu einer Schule wird hier meist nötig,  
weil die in den einzelnen Bezirken vorhandenen katholischen  
Kinder in der Regel nicht für zwei besondere Schulen ausreichen.  
Auch in den neu errichteten, anfangs noch wenig besuchten  
Schulen hilft man sich aus demselben Grunde zunächst oft mit der  
Vereinigung von Knaben- und Mädchenklassen. Unter den jetzt  
4034 Klassen sind 3034 Lehrplanklassen und 40 Nebenklassen für  
Schwachsichtige. Von den Lehrplanklassen sind 1961 für Knaben,  
1978 für Mädchen, 57 gemischt, von den Nebenklassen 3 für Knaben,  
1 für Mädchen, 36 gemischt. Bei den Nebenklassen reichen die  
vorhandenen Schwachsichtigen selten zur Bildung besonderer  
Klassen für jedes Geschlecht aus, so daß meist Geschlechtermischung  
nötig wird.

**Das Jahr 00.** Das preussische Ministerium hat nunmehr  
endgültig entschieden, daß in den verfallbaren Dienstjahren (Fahr-  
tarifenverkauf, Winterannahme usw.) das Jahr 1900 abgekürzt mit 00  
zu bezeichnen ist. Die folgenden Jahre tragen dann die Be-  
zeichnung 01, 02 usw.

**Die fittliche Verwilderung einer bekannten Sorte ton-  
angebender und selbstverständlicher zahlungsunfähiger Gesellschaftsmitglieder**  
tritt recht gern in einer Einladung hervor, die ein hiesiges „Gesell-  
schaftsmitglied“ verschickt. Es heißt darin:

„Die unterzeichnete Jagd-Saal-Verwaltung, deren Direktion Sie,  
hochgeehrter Herr, als pensionierter Jäger empfohlen worden, giebt  
sich die hohe Ehre, Ew. Hochwohlgebornen auf ein neueröffnetes,  
herrliches Jagdterrain mit reichem, vorzüglichem Wildstand  
aufmerksam zu machen und zur ersten Edelwild-Jagd am  
28. August a. c. in den Jagd-Sälen höflichst einzuladen. Ein  
besonderer Umstand läßt unser neues Fortrevier in hervor-  
ragender Weise angenehm und bequem erscheinen: die Jagd-  
gründe befinden sich im Mittelpunkte der Residenz, das Wild ist  
feinerlei Schonung unterworfen.“

Ohne Zweifel werden die ordnungsgewöhnlichen Wallgäste, deren  
fittliche Qualitäten in der originellen Form der Einladung richtig  
eingeschätzt sein mögen, auf dem Vergnügen der heutigen Nacht von  
neuem die Gelegenheit wahrnehmen, sich zum Kampf für Ordnung,  
Religion und Sitte wider die Parteien des Umsturzes gehörig zu  
präparieren.

**Vierzehn Pferde der Neuen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft**  
wurden gestern dem Hauptmann Vogel, dem Kommissar  
für das öffentliche Fuhrwesen, vorgeführt. Sämtliche Pferde be-  
fanden sich, wie die „Post. Ntg.“ berichtet, in einem sehr schlechten  
Zustand, waren abgetrieben und zeigten an den Hüften, der  
Brust und an den Fesseln alle, noch nicht verheilte Wunden, Beulen  
und Hautabschürfungen. Der Kommissar versagte, nachdem er jedes  
einzelne Pferd genau angesehen hatte, die Kupferdienststellung aller  
14 Pferde, die, wenn sie auch nicht krank oder alterschwach sind,  
doch in ihrem jetzigen Zustand dem schweren Dienst der Omnibus-  
pferde nicht gewachsen sind.

**Die Mörderin der Witwe Heltig,** das Dienstmädchen  
Schroter — und nicht, wie wir infolge eines telephonischen Miß-  
verständnisses gestern angaben, Berger — befindet sich noch immer  
im Amtsgefängnis in Kallberge-Hildersdorf, weil sich bei ihrem  
Geständnis verschiedene Widersprüche herausgestellt haben, die noch  
einer Klärung bedürfen. Vor allen Dingen gilt es festzustellen,  
wo sich das geraubte Geld befindet. Ferner wird die Möglichkeit in  
Betracht gezogen, daß die Mörderin einen Wittwener geblutet hat,  
wiewohl sie wiederholt erklärte, die That ganz allein verübt zu  
haben. Thatsächlich hat das Mädchen erst nach einem mehrstündigen  
Verhöre in der Nacht zum Donnerstag dem Amtsrichter ihre Schuld  
zugestanden und das Geständnis auch nicht widerrufen. Die Be-  
merkung der Schröter, „das kann nur mein Bruder verraten haben“,  
ließ die Annahme zu, daß dieser an der That möglicherweise  
beteiligt sei; das ist jedoch unzutreffend, die Verhaftete giebt  
über die Bedeutung ihrer Worte selbst folgende Auf-  
klärung: Als sie ihren Pflegevater küßt, äußerte der eben-  
falls anwesende Bruder den Verdacht, daß sie, Bertha, den Mord  
verübt habe. Auch der Pflegevater schien denselben Ansicht zu sein  
und forderte das Mädchen auf, doch die volle Wahrheit zu sagen  
und sich selbst zu meiden, da es dann eine gelindere Strafe erbalten  
würde. Wie die Schröter weiter erzählte, habe sie den beiden den  
Verdacht ausgedrückt. Die benutzte Waffe ist ein 50 Centimeter  
langes, keulenartiges Holzstück, welches am unteren Ende bequemer  
mit der Hand zu umfassen, am oberen Ende einen Durchmesser von  
ca. 10 Centimeter besitzt. In dieser Keule steckt ein vorstpringender  
Knauf, der etwas spitz und wiederholt ausläuft. Mit diesem ist  
auf der Schädel oberhalb der Schläfe gerammelt worden. Bei der  
gewaltigen Wucht, welche die eigenartige Waffe besaß, konnte auch  
eine schwächere Person als die Schröter den Mord vollziehen.

Die Behauptung des Dienstmädchens Schroter, daß es nach Aus-  
lösung des Mordes an der Witwe Heltig das vermischte Geld nicht  
gestohlen habe, findet bei der Amtsbehörde keinen Glauben. Gestern  
Nachmittag fand auf dem Heltigh'schen Gehöfte eine Hausdurchsuchung statt,  
da behördlichseits angenommen wurde, daß das Geld möglicher-  
weise in einem Stalle oder in einem Schuppen versteckt worden sei.  
Die fortgesetzte Untersuchung hat inzwischen eine Begründung zu der  
Annahme gegeben, daß die Sch. ihren Raub in der Gegend von  
Kallberge-Hildersdorf verübt habe. Schon vor mehreren Monaten  
hatte die jugendliche Verbrecherin ihrem Pflegevater gestohlenes Geld  
(7 Thaler) an zwei verschiedenen Stellen in den Anlagen der Kallberge  
versteckt. Am 16. ds. Mts., also 6 Tage nach der Ermordung der H.,  
machte sich Sch. in verdächtiger Weise in dem Heltigh'schen Garten  
zu schaffen. Sie hielt sich ganz besonders in der Nähe eines Obstabbaums  
auf. Als bald darauf eine Schwester der Erschlagenen den Garten betrat,  
bemerkte sie in der Nähe des Baumes in dem Erdboden eine Ver-  
steckung. Daneben lag ein gehäkeltes Epigenkissen, welches als  
Eigentum der Sch. erkannt wurde. Es wird angenommen, daß  
das Mädchen nach Verübung der Missethat das Geld an jener Stelle  
versteckt und, da ihr das Versteck nicht sicher erschien, es dort wieder  
fortgenommen hat, um es bei ihrem Besuch in Hildersdorf in einem  
ihr bekannten Schlupfwinkel zu verbergen. Da sich die Schröter  
beobachtet wachte, so entfernte sie sich mit solcher Eile, daß sie nicht  
mehr Zeit fand, den entfallenen Krug mitzunehmen. Es wird  
gemeldet, daß die Verhaftete noch eine dreimonatliche Gefängnisstrafe  
zu verbüßen hat.

Der wegen Mordverdachts verhaftete Herr Throneder ist  
gestern nach dreitägiger Haft wieder entlassen worden.

**Bei der Arbeit verunglückt** ist gestern, Freitagnachmittag, der  
Arbeiter Fritz Leopold aus der Hildersstraße 20 in der Maschinen-  
fabrik von Heyold u. Co. in der Waldstraße. Ein eiserner Träger  
fiel ihm auf das linke Bein und zerstückerte ihm den Unterschenkel.  
Ein Arbeitsgenosse schaffte den Verunglückten mit einer Droschke in  
ein Krankenhaus.

**Verhängnisvoll** ist dem 25jährigen Post-Büchsen Robert  
Strohwal aus der Reichsbergerstr. 123, der sich am türkischen  
Friedhof in der Hasenheide erschossen hat, sein letzter Geburtstag  
geworden. Bei der Feier am vergangenen Sonntag geriet er mit  
seiner Braut, mit der er seit einem Jahre verlobt war, in Streit.  
Der junge Mann glaubte aus dem Verhalten seiner Braut gegenüber  
einem Gaste, daß sie diesem mehr zugethan sei, als ihm selbst. Beim Rauf-

hausegehen spitzte sich die Auseinandersetzung auf der Straße so zu, daß  
das Mädchen dem Bräutigam den Ring vor die Nase wusch. Strohwal  
machte in den nächsten Tagen wieder Annäherungsversuche, hatte  
aber damit keinen Erfolg. Verzweifelt ging er am Mittwochmorgen,  
als sein Dienst auf dem Postamt 93 in der Stallgerstraße zu Ende  
war, weg und kam nicht wieder nach Hause. Am nächsten Morgen  
sah man seine Leiche am türkischen Friedhof. Er hatte sich aus  
einem Revolver eine Kugel über dem rechten Auge in den Kopf  
geleitet.

**Durch einen Sturz vom Bau** ist gestern ein Arbeiter Klischer  
aus der Grenzländer Allee 33 tödlich verunglückt. Er erlitt einen  
Schädelbruch und starb bald nach der Aufnahme in einem Kranken-  
haus. Seine persönlichen Verhältnisse sind nicht bekannt. Seine  
Wirtin Frau Peters weiß nur, daß er von seiner Frau getrennt  
lebte.

**Einen tödlichen Ausgang** hat wieder einmal ein Unfall durch  
Verbrühen genommen. Die Frau des Formers Köhler aus der  
Zwinnendammstr. 50 lag in der Nähe ihres kleinen Sohnes Walter,  
der auf einem Kinderstuhle saß, einen Kessel mit kochendem Wasser  
auf dem Fußboden stehen. Der Kleine wurde unruhig und fiel  
schließlich mit dem Stuhle so unglücklich um, daß er mit den Händen  
in den Kessel stürzte. Nun schlug auch dieser um und ergoß seinen  
heißeren Inhalt über den Knaben. Ueber und über verbrüht wurde der  
Verunglückte in das Lazaruskrankenhaus gebracht. Hier ist er seinen  
Verletzungen erlegen. — Weniger bedauerlich, als es anfangs schien,  
ist der 13jährige Lehrling Max Barth aus der Albinstraße 8  
verletzt. Der gestern in der Feinblasblaselei von Ehrhardt in der  
Vintenerstr. 112 verunglückte, Barth sollte Leuchtgas für elektrische  
Glühlampen in einem Benzinhabe zubereiten. Dabei entzündeten  
sich Dämpfe, und brennendes Benzin ergoß sich ihm über den ganzen  
Körper mit Ausnahme des Rückens. Trotz der großen Hautläsion,  
die in Mitleidenschaft gezogen ist, befindet sich das Leben des Ver-  
unglückten keine Gefahr, weil die Verbrühungen nicht schwer sind.

**Auf einer Bierreise** ist gestern nachmittag der Stuttfer der  
Zaxameterdroschke Nr. 8708 schwer verunglückt. Er hatte mehrere  
junge Männer nach dem Spandauer Berg gefahren und dort mit  
ihnen gezecht. Auf dem Rückwege ließ der Stuttfer einen Fahrgast  
sein Kutschwerk lenken. Dieser konnte jedoch nicht fahren. In der  
Spandauerstraße zu Charlottenburg wurde das Pferd ungelassen  
unruhig, die Droschke rannte gegen die Bordwand und der Stuttfer  
fiel bei dem heftigen Anprall auf das Pflaster und zog sich einen  
Schädelbruch zu. Man brachte den Schwerverletzten insdas Charlot-  
tenburger Krankenhaus.

**Ein Durchbrenner-Kleeblatt.** Der Angestellte einer hiesigen  
Lebwaren-Firma, Namens Hugo Spielvogel, ist in Begleitung  
seiner Geliebten und eines Freundes nach Unterschlagung von  
12 000 M. durchgegangen. Spielvogel, ein Mann von 24 Jahren,  
genoß zu unbegreiflichem Vertrauen bei seinem Chef, daß ihm dieser  
von einem Bade-Orte aus, auf Sp's Bericht, zur Leistung einiger  
Zahlungen einen Chek von 6000 M. auf die Nationalbank einhandte.  
Nach Erhebung dieses Geldes löste nach Abnahme weiterer  
6000 M. aus der Kasse des Geschäftes wurde die Flucht  
der drei Personen beverflichtigt. Spielvogel floh mit einem  
jungen Mädchen, das die Tochter hochachtbarer Eltern ist,  
und mit einem Freunde, dem Feldmesser Taubitz. Sp.  
hatte mit der Kasse des Geschäftes eigentlich nichts zu thun.  
Diese verwaltet eine Kaffeeerin, der er aber so überlegen und herrisch  
gegenübertrat, daß das eingeschüchterte junge Mädchen bei der Ab-  
wesenheit des Chefs ihn nicht an die Ablieferung der von ihm ein-  
gezeichneten Gelder zu erinnern wagte. Sp. hat ein wüßtes Leben  
geführt, obgleich er erst jung verheiratet ist. Erst in den Morgen-  
stunden pflegte er sein Heim aufzusuchen. Als seine Gattin ihm  
einmal erklärte, daß sie das nicht mehr ertragen könne und  
der Firma Mitteilung machen werde, drohte er, sie zu ermorden.  
In Dresden hat man eine Spur des sauberen Kleeblatts entdeckt.  
Von da ab fehlt jedoch jeder weitere Anhalt über den Verbleib der  
Flüchtlinge. Man vermutet, daß sie sich nach der Schweiz gewandt  
haben.

**Kuffchen** erregte gestern, Freitagnachmittag, um 4 1/2 Uhr ein  
Selbstmordversuch im Friedrichshain. In der Nähe der Höhe  
Friedrichs II., zog plötzlich ein unbekannter Mann in Arbeiter-  
kleidung einen Revolver aus der Tasche und schob sich eine Kugel  
in die Brust und eine zweite in den linken Arm. Spaziergänger  
trugen den Schwerverletzten in das Krankenhaus.

**Selbstmorde.** Am türkischen Friedhofe in der Hasenheide wurde  
gestern der Arbeiter und Posthalter S. erschossen aufgefunden. In  
einem hinterlassenen Briefe hatte er unglückliche Liebe als Veran-  
lassung zum Selbstmorde angegeben. — Der Schuhmacher H. er-  
hängte sich in seiner Wohnung in der Lothringersstraße. Er war dem  
Trank ergeben. — Die Frau des Hausdieners G. erhängte sich in  
ihrer Wohnung in der Hülststraße. Der Grund zu dem Selbstmorde  
ist wahrscheinlich in einem Nervenleiden zu suchen. — Abends sprang  
der obdachlose Schmied V. am Planufer ins Wasser, wurde aber  
wieder herausgezogen und nach dem Krankenhaus gebracht.

**Theater.** Heute Sonnabend findet in der Monod-Oper in Schiller-  
Theater die letzte Aufführung „Der Preisrichter“ bei halben Preisen statt, und  
Sonnabendnachmittag 3 Uhr in Parkings sonstige Oper „Bar und Hünner-  
mann“. Die letzte Sonntag-Vorstellung bringt „Die lustigen Weiber“.  
— Das Alexanderplatz-Theater bleibt von morgen ab geschlossen,  
am 9. September mit der Vorstellung „Die weiße Dame“ wieder er-  
öffnet zu werden. — Im Lokal Sandstr. 4, 1. Etage  
die erste Vorstellung der Berliner Sängerkörpers unter der bekannten  
Direktion Hoffmann.

**Feuerbericht.** Auch in den letzten 24 Stunden erfolgten nur  
4 Alarmierungen, von denen zwei auf blühenden Vorn zurückzuführen  
waren. Brandenburgstraße 28 hatte Freitag früh die  
Pallenlage unter der Hochmaschine Feuer gefangen und hatte die  
Wehr über eine Stunde mit dem Ankreifen des Pallenlagers zu  
thun. Größere Gefahr war nicht vorhanden. Samstag 1/2 Uhr  
erfolgte eine Alarmierung nach Deutschstraße 3, wo in der  
Plumfabrik von A. Velsch ein unbedeutender Brand entstanden  
war. Da eine mehrmalige Feuermeldung erfolgte, riefen 4 Lösch-  
züge aus, die indes nicht in Thätigkeit traten, da das Feuer noch  
im Entstehen beseitigt werden konnte.

**Aus den Nachbarorten.**

**Nixdorf.** Morgen, Sonntag, findet im Apollo-Theater die  
Kassalle-Feier statt. Die Parteigenossen und Genossen  
werden erucht, sich an dieser Feier zahlreich zu beteiligen. Die  
Mitglieder der mitwirkenden Gesangsvereine wollen sich morgens  
10 Uhr zur Probe im Apollo-Theater einfinden.  
Der Vertrauensmann.

**In Bankow-Nieder-Schuhhausen** spricht Montagabend 8 Uhr  
bei Crookurt, Berlinerstr. 27, Genosse Koylo-Berlin über den Kampf  
gegen das Unrecht. Auch erfolgen in dieser Versammlung die  
Delegiertenwahlen zur Kreisversammlung. Der Bescheid fällt aus.

**Friedrichshagen.** Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr findet im  
Restaurant Comrad, Friedrichstraße, eine Versammlung des Arbeiter-  
bildungsvereins statt, in welcher Genosse Müller (Ernst) einen  
Vortrag über die „Vernünftige Streitschrift“ halten  
wird. Gäste sind willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Die Bekämpfung des zweiten Bürgermeisters von Nixdorf,**  
des seiner Zeit von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten  
Stadtrats Voigt-Daunig, ist nunmehr erfolgt. Hauptsächlich fällt es  
in Berlin niemandem ein, aus diesem Ereignis die Notwendigkeit  
der Bekämpfung des Herrn Richter zu folgern. Die 14 Monate,  
die seit dessen Wahl verlossen sind, haben gezeigt, wie wenig Be-  
deutung für das kommunale Wohl die früher für unerlässlich ge-  
haltene Formalität im Grunde hat.

**Die Nixdorfer Armenpflege** soll nach Berliner Muster orga-  
nisiert werden. Zwei Stadtverordnete sind beauftragt worden, eine

Besichtigung der Pflege-Anstalten Berlins, wie des Friedrich-Wilhelm-  
Hospitalis, der Anstalten in Rummelsburg, vorzunehmen, wozu der  
Berliner Magistrat seine Genehmigung bereitwillig erklärt hat.  
Nach den von diesen Deputierten eingezogenen persönlichen In-  
formationen soll die Armen-, Kranken- und Waisenspflege gestaltet  
werden.

**Die Abschaffung der Schlächtereier** wird in Potsdam für  
die nächsten Stadtwahlkreise durch die Wahlparole gemacht worden.  
Es sollen aus blühenden Parteikreisen nur solche Männer als  
Kandidaten aufgestellt werden, die sich verpflichten, nach Ablauf der  
jetzigen Steuerperiode für die Aufhebung der Schlächter- und der  
damit zusammenhängenden Wildpret- und Geflügelsteuer zu stimmen.  
In der Bürgerchaft begegnet diese Forderung den weitgehendsten  
Sympathien, da namentlich seitdem die Steuer durch städtische  
Beamte erhoben wird, welche sehr rigoros vorgehen, die  
von jeder mißliebige Steuer noch mißliebiger geworden  
ist. Doch trotzdem die Schmutzgeleien blühen, haben die  
Ereignisse der letzten Tage, wo ein Kaufmann zwei Kübel Schmalz,  
verborgen in einem Kleiderbind, einschmuggeln wollte, wieder be-  
wiesen. Von der Polizei sind übrigens die Steuerbeamten darauf  
aufmerksam gemacht, daß auffallend viele Schlächtereier zur Nacht-  
zeit auf der Straße sind.

**Als ein Zeitungsbote, wie er nicht sein soll,** hat sich  
der Reichsgläubner W. K. entpuppt, wenn es mit der folgenden  
und zugehörigen Meldung seine Wichtigkeit hat. Man berichtet  
nämlich: In der Angelegenheit des „Reichsgläubners“ Joachim  
Gehlen ist schon früher angedeutet worden, daß das Verfahren  
gegen den Verhafteten voraussichtlich für eine ganze Anzahl seiner  
Mitarbeiter ebenfalls verhängnisvoll zu werden drohe. Diese Ver-  
mutung bestätigt sich jetzt. Auf Veranlassung des Regierungs-  
präsidenten zu Potsdam sind gestern die Charlottenburger  
Magistratsassistenten Franke, Herbrich und Schelle, die  
Gehlen für seine Angriffe gegen verschiedene Personen  
Material zugehen haben, vom Dienste suspendiert und auf  
halbes Gehalt gesetzt worden. Ein gleiches Schicksal trifft aber noch  
weiteren Magistratsbedienten bevor, denn das Material zu manchen  
hässlichen Artikeln, die Gehlen gegen den Magistrat und einzelne  
Stadtratsmitglieder hat, stammt aus den Büros, denen die jetzt  
betroffenen Beamten nicht angehören. Seine Intrigen vor Un-  
annehmlichkeiten zu schützen, hat sich der „Reichsgläubner“ auch nicht  
die geringste Mühe gegeben. Er hat vielmehr die Manuskripte, die  
er von Beamten erhielt, in öffentlichen Wirtschaften gezeigt und dabei  
die Namen der Verfasser genannt.

**Der Besuch von Gastwirtschaften mit Damenbedienung** ist  
dem Ehrenabwickler Sch. vom Bahndorf Erlner, einem sonst durch-  
aus ehrenwerten und pflichtgetreuen Beamten, verhängnisvoll ge-  
worden. Der junge Mann hatte, als er zu seinem Vergnügen nach  
Berlin fuhr, 40 M. Stationsgeld, die er für Verkauf der Fahr-  
karten am Schalter eingenommen, bei sich und veranlagte diesen  
Betrag in der Annahme, daß er das Geld am Ultimo erlegen könne.  
Die Billets hatte er als „nichtverkauft“ gebucht. Wider Erwarten  
sah in der folgenden Nacht eine Revision der Schalterkassen statt,  
wobei das Vorkommnis entdeckt wurde. Wiewohl Sch. in der Lage  
war, das Geld sofort aufzutreiben, zog er es doch vor, die Flucht  
zu ergreifen, und fuhr nach Frankfurt a. O. zu seinen Eltern, wie  
angenommen wird, um sich dort von seinen Angehörigen zu ver-  
abschieden und sich dann das Leben zu nehmen. Ehe er jedoch diese  
Absicht ausführen konnte, erfolgte auf Grund telegraphischer Requi-  
sition der Polizei die Verhaftung des Sch.

**Ein großes Feuer** zerstörte in der Nacht zum Freitag auf  
dem Grundstück Westfälischestr. 52 zu Halensee den Dachstuhl des  
Euergebäudes und des Seitenflügels. Auf dem Grundstück steht ein  
Reuban, der noch nicht ganz fertig und daher noch unbewohnt ist.  
Das Feuer brach in der Nacht gegen 12 Uhr aus. Die Wehren von  
Halensee, Grunewald, Wilmersdorf und Charlottenburg hatten mit  
seiner Bewältigung bis gegen 2 Uhr zu thun. 2: Ursache des  
Brandes ist nicht bekannt.

**Aus dem Reich des Herrn v. Oppen.** Wie weit es mit  
der Schneidigkeit des sozialistenschenden Amtsvorstehers in Adlers-  
hof gekommen ist, läßt folgender Fall erkennen. Kürzlich wurde von  
aus dem Konflikt gedacht, den im Vorort Adlershof der Galmitz  
Schmauser mit dem Amtsvorsteher v. Oppen hatte. Jetzt ist in  
dem Schmauserschen Lokal, Wismanstr. 16, eine „Erklärung“  
angehängt, die in großen Zetteln der Welt die eigentlich ganz  
selbstverständliche Thatsache verkündet, daß die „wertten Gäste“ sich  
friedliebend und anständig bewegt und sich mit Gelang und Tanz  
amüsiert haben, wie es Herr Sch. überhaupt nur von dem bei ihm  
verbleibenden Publikum gewohnt ist. Dann heißt es aber weiter:  
„Das Aufgebot von Polizeimannschaft und Gen-  
darmen, welches der Amtsvorsteher Herr v. Oppen auf mein  
Grundstück schickte, um meinen Saal zu räumen, sogar mit  
der Ordre, bei Widergesetzlichkeit die Waffen anzu-  
wenden (die gesperrten Worte sind mit 2/3 Centimeter hohen  
Lettern gesetzt), Thüren und Klavier zu verriegeln,  
geschah nur, weil es dem Amtsvorsteher nicht gefiel, daß der  
das Lokal innehabende Verein und seine Gäste sich mit Tanz  
amüsierten.“

### Gerichts-Beilage.

**Bevollmächtigter Invalideitätsmarken** sollte der Schuh-  
machermester Hermann Eisner zum zweitenmal benutzt haben.  
Er stand deshalb gestern wegen Vergehens gegen das Invalideitäts-  
gesetz vor der vierten Ferienkammer des Landgerichts I. Der  
taubstumme Geselle des Angeklagten lieferte in diesem Frühjahr  
seine vollbelebte Invalideitätskarte bei der Polizei ab, um dafür eine  
neue Karte zu empfangen. Der Behörde fiel das Aussehen  
einiger Marken auf, dieselben wurden abgelöst und dem Gerichts-  
diener Dr. Jeserich zur Untersuchung übergeben. Dieser stellte fest,  
daß der Datumerweiser aus früheren Jahren auf chemischem Wege  
unsichtbar gemacht und durch ein neues Datum ersetzt worden war.  
Mit Hilfe des photographischen Apparats gelang es, auch die  
früheren Zahlen wieder hervorzuheben zu lassen. Der Angeklagte  
bestritt, daß er bewußtweise untreu gehandelt habe. Im  
März habe ein Mann sich bei ihm ein Paar Stiefel machen  
lassen. Bei der Abholung habe der Besteller gebeten, einen Teil  
der Zahlung in Invalideitätsmarken leisten zu dürfen. Er  
habe seine Veranlassung gehabt, diese Bitte abzulehnen. Von diesen  
Marken habe er einen Teil in die Karte seines Gesellen gefleht.  
Der Sachverständige Dr. Jeserich teilte mit, daß ihm in letzterer  
Zeit mehrere deraartige Fälle vorgekommen seien. Der Staatsanwalt  
wollte den Angaben des Angeklagten keinen Glauben schenken, er  
beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 20 M. Der Gerichtshof  
fällte mangels genügender Uebersicherung ein freisprechendes  
Urteil.

**Polizeiliche Protokolle** dürfen bekanntlich in einer Gerichts-  
verhandlung nicht vorgelesen werden. Wie sie doch zur Kenntnis des  
Gerichts gebracht werden können, beweist der folgende Fall. Vom  
Landgericht I in Berlin ist am 14. Juni der Richter  
Wilhelm Friedrich Laternicht zu Justizhaus verurteilt  
worden, weil er aus der Wohnung eines Arzters, die er  
gewaltfam geöffnet hatte, verschiedene Wertobjekte ent-  
wendet hat. Ein in dieser Sache aufgenommenes polizeiliches  
Protokoll wurde dem Angeklagten in der Hauptverhandlung, wie das  
Protokoll ergibt, Wort für Wort vorgehalten. Dies that der An-  
geklagte in seiner Revision vor dem Reichsgericht. Der Reichs-  
anwalt vertrat in der Verhandlung am Mittwoch die Ansicht, daß  
dieser Vorhalt des Protokolls, weil er Wort für Wort erfolgt sei,  
als unzulässig angesehen werden müsse, da auf diese Weise das  
ganze Protokoll zur Kenntnis des Gerichtes gebracht worden sei,  
was doch das Gesetz verhindern wolle. — Das Reichsgericht erkannte  
jedoch auf Verwerfung der Revision. Es ist allerdings, so wurde  
ausgeführt, daß polizeiliche Protokolle Wort für Wort dem Ange-  
klagten vorgehalten worden. Man hat jedoch angenommen, daß



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 26. August.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).**  
Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leffing. Das alte Kind. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues. Altwitz.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Der Walfisch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller. Der Freischütz.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central. Der Heiratmarkt.** Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelms-Theater.**  
Germinal oder: Der Streif der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Anfang 8 Uhr.  
**Odeon.** Anfang 8 Uhr.  
**Luisen. Oloferon.** Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Anfang 8 Uhr.  
**Velle-Milano.** Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Anfang 8 Uhr.  
**Taubenstr. 48/49.** Anfang 8 Uhr.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
**Morwitz-Oper.**  
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:  
Klassische Opern-Vorstellung bei halben Preisen:  
**Der Freischütz.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Vergleiche Nachmittags-Vorstellung bei halben Preisen:  
**Czar und Zimmermann.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Sonder-Sonntags-Vorstellung:  
**Die lustigen Weiber von Windsor.**  
Montag, abends 7 1/2 Uhr:  
Populäre Opern-Vorstellung bei halben Preisen.  
**Der Trompeter von Säckingen.**  
Es finden nur noch 4 Opern-Vorstellungen statt.

### Offend-Karl Weis-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich:  
**Die Kubanerin.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorzugsbillets haben Günstigkeit.  
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 5 1/2 Uhr.  
20 stimmungsbegierige junge Damen können sich melden.

### Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.  
Lustspiel-Ensemble (Hr. Milly Krause vom 1. Schauspielhaus, Herr Otto Pahlau vom Schiller-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste).  
**Der Heiratmarkt.**  
Schwank in 3 Akten v. W. Orlowitsch.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgens und folgende Tage: Die- selbe Vorstellung.

**Friedrich-Wilhelms-Theater**  
Chausseestr. 25/26.  
Abends 8 Uhr: Zum 21. Male:  
**Germinal oder: Der Streif der Bergarbeiter.**  
Sensationsstück in 6 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. Emile Zola. Regie: Leonh. Ditomener.  
1. Bild: In Not und Glend. 2. Bild: Der Schwur. 3. Bild: Beim Bergwerksdirektor. 4. Bild: Brot! Brot! Brot! 5. Bild: Am Rande des Abgrundes. 6. Bild: Der Zusammenbruch.  
Im Friedrich-Wilhelms-Konzertpark:  
**Georgette**  
mit ihren drei Liebhabern.  
Pariser Burleske-Pantomime. In Szene gesetzt von Curt Gild. Aufgeführt von der Pantomimen-Gesellschaft „Mimosas“ Hauptrolle: Georgette, Frau Soubrette-Diva: Curt Gild. Das Mädel des 19. Jahrhunderts: Huberto Vincento. — Mich. Darnett, Solon-Athletin, hebt u. a. ein Piano mit dem Pianisten. — Eugen Milardo, der amüsante Karikatur. — Wally Frank-Truppe, Akrobaten, 5 Pers. u. Außerdem 20 Spezialitäten.  
Entree 30 Pf.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57.  
**Grösster Saison-Erfolg!!!**  
**Berlin lacht!**  
und das reizende  
**Presse-Ballett.**  
Hierzu: Neues Spezialit.-Programm U. a. Robinson Baker-Trio, Japanoson Fukushima Truppe, Werner-Amoros-Company etc. etc.  
Anfang 8 Uhr.

**Reichshallen.**  
Garten resp. Saal  
täglich:  
**Stettiner Sängers**  
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rischwayer, Schneider und Schrader).  
Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Barverkauf für die Wochentage 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkonloge 1 R. Orchester-Loge 1,50 R. Fremdenloge 2 R.  
Jeden Freitag: Neues Programm.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Im Naturgarten oder Saal:  
**Täglich**  
Humoristische Soiree der  
**Norddeutschen Sängers**  
(Fährmann, Horst, Walde).  
Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Familienbillets 3 = 1 R.  
Sonntag und  
Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**R. Ballschmieders**  
„Kastanienwäldchen“  
Konzertgarten u. Prachtjäle  
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.  
Täglich:  
**Gr. Promenaden-Konzert.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Streich-Konzert.**  
Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal.  
Empfehle meine Sätze zu allen Festlichkeiten.  
R. Ballschmieder.

### W. Noacks Theater,

Brunnenstr. 16.  
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Ein lustiger Streich.**  
Pöffe mit Gesang in 1 Akt von Braune.  
Neu!  
**Berliner Leben.**  
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerde. Musik von Schmidt.  
Im Saale: Tanzkränzchen.

**Verkaufe.**  
Deflation kräftigsthalber zu bekannten Goldminen 11. 17\*  
Ein gut gehendes Materialwaren-Geschäft mit Grünraum und Kasse. Umstände halber preiswert zu verkaufen. Pantow, Wollanstr. 112.  
Fahrräder, erstklassige Marken, 2 Jahre Garantie. Geladene Räder, noch gut erhalten, billig. Teilzahlungen gestattet. Tandem und Einzeliger werden vertrieben. Karl Fischer, Beuelstr. 9. 51R\*  
Möbel, Haar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110. I. G. Schmidtbergerstr. 142\*  
Ruhbaummöbel, Kleiderständer, Bettlöcher, Sofa, Vertikales, Spiegel, Verkleidetes Spottbillig. Gartenstr. 32A. I. lnt. 142\*  
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, wegen Wegzugs spottbillig. Waidmannstr. 68. I. lnt. 99K\*  
Betten, Schlafbetten, Stoppbetten, Portieren, Kleiderständer, Teppiche, Tischdecken, Kleiderständer, Regulatorien, Hemdenträger spottbillig. Pfandloche, Waidmannstr. 6. 97/1\*  
Teppich, prachtvoller Plauerker, Große Frankfurterstr. 9. 143\*  
Uhrenausverkauft spottbillig, Steifigerstr. 126 parterre. 12\*  
Goldwaren-Kleiderverkauf, spottbillig, Stallstr. 126 parterre. 13\*  
Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gustav Breders, Engel-Str. 20. 1413\*  
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Reparaturen, Polier-Apparate, Wandregal, Vorkingstr. 16. 1700\*  
Eichhörnchen, junge, fingerzahn, Stück 2 R. Brückenstr. 1, Spezialgeschäft. 99/100\*

**Vermischte Anzeigen.**  
Elektrotechnik. Neuer Abendkurs. Fackel, Alte Jakobstr. 24.  
Elektra. Prinzengasse 55. Praktische Ausbildung in allen Elektromonteurarbeiten. Abendkurs. Aufnahme jederzeit. Prospekt gratis. 188R\*  
Vereinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Wadewitz, Romanmandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstr. 1902R\*  
Vereinszimmer (zwei freundliche) sind zu vergeben, auch passend für Jackfeste. Hugo Lehmann, Dittmannstr. 10 (Gte). 177\*

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr: Im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Um 5 Uhr: Schülervorstellung.  
**Dr. Spies: „Flüssige Luft.“**  
Zu ermäßigten Preisen.  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**

**Passage-Panoptikum**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
Neu! Neu!  
Das urkomische  
**Bückerburger Bauern-Ensemble.**  
Anfang der Vorstellung 6 Uhr abends.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Die sensationellen  
lebenden  
**Photographien!**  
in Lebensgröße.  
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowsischen Kostümen.  
Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

**Prater-Theater**  
Ruhansien-Allee 7/9.  
Täglich: **Dorns Resi.** Volkstümlich mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz, Musik von A. Kersten. Kostümbühne. Fräulein Lucie Sarow. Gebr. Milardo, Gertr. Duett. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrenns, humoristisches Bilderbuch. The 4 Flashes, Excentric. Ballettgesellschaft Öbring. Vendaro-Trio, Exercitien am Hand-Trapez. Daniel-Truppe, Pantomime. Konzert und Ball.  
Eintritt Sonntags und wochentags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

**R. Ballschmieders**  
„Kastanienwäldchen“  
Konzertgarten u. Prachtjäle  
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.  
Täglich:  
**Gr. Promenaden-Konzert.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Streich-Konzert.**  
Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal.  
Empfehle meine Sätze zu allen Festlichkeiten.  
R. Ballschmieder.

**W. Noacks Theater,**  
Brunnenstr. 16.  
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Ein lustiger Streich.**  
Pöffe mit Gesang in 1 Akt von Braune.  
Neu!  
**Berliner Leben.**  
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerde. Musik von Schmidt.  
Im Saale: Tanzkränzchen.

**Apollo-Theater.**  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballett „Grigolatis“.  
Ausstattungs-Operette v. Bolten-Baeckers. Musik von Paul Lincke.  
**\* Otto Reutter \***  
usw. usw. usw.  
Garten-Konzert 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstordank“, Unter den Linden 69.  
Freitag, den 1. September  
**Eröffnung der Winter-Saison**  
12 sensationelle Debuts.

**Ostbahn-Park**  
Hermann Imbs  
71 Riederdorfer Straße 71, am Röhrliner Platz.  
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Nur erstklassige Nummern.  
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 10 Pf.  
Jeden Dienstag:  
**Norddeutsche Sängers.**  
Hermann Imbs, Direktor.

**Buss' Salon,**  
Gr. Frankfurterstr. 85.  
Empfehle meine Sätze einige Sonnabende, wie Totensonntag an Vereine zu Festlichkeiten. 21206  
**O. Theel.**

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Wildwig.  
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**  
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Perzonal.  
Nur erstklassige Kräfte.  
Georg Fischer (Viederländer), Ernst Kühne (Charakter-Komiker), Fritz Verra (Kobalt-Soubrette), Charles Gilton (Equilibrist), The Original Bacars (Musikalischer Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Kaffeetauben, Los Figanos (Instrumentalisten).  
Neues gediegenes Familien-Programm.  
Entree: Wochentags 20 Pf. | Entree: Sonntags 25 Pf.  
Numerierter Platz 40 Pf. | Numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. | Anfang der Vorstellung 6 Uhr.  
In den Festjalen: Großer Ball.  
Die Kaffeeküche ist geöffnet.  
Max Kliem.

**Schweizer-Garten**  
Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Mittwoch:  
**Großes Familien- und Kinderfest.**  
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.  
Jeden Abend von 10-11 Uhr:  
**Ober-Bonze von Kiautschou.**  
Kaufstättungs-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Gieser. — Musik von Max Schmidt.  
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.**  
Sonnabend, den 26. August cr., abends 8 Uhr:  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängers.**  
Anfang der Vorstellung: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Sonntags: Numerierter Sperrst. 75 Pf. Entree 50 Pf. Wochentags: Sperrst. 60 Pf. Entree 40 Pf. Im Vorverkauf Sperrst. 30 Pf. Entree 30 Pf. Billets im Vorverkauf sind zu haben in den Cigarren-geschäften von Vöcker u. Wolf, Kottbuserdör, Alfred Wegener, Kottbuserstr. 1, Paul Juhl, Beigestr. 24a.

**Palast-Theater**  
früher Burgstraße 22.  
Direktion: Winkler und Fröbel.  
Sonnabend, 2. September:  
**Eröffnung**  
der durchweg wunderbar renovierten  
**Biesen-Prachtträume.**  
Grosses [72786\*  
Spezialitäten-Programm.  
Vom Besten das Beste!  
Zum 1. Male:  
**Sprez-Löffchen!**  
Große Original-Kuchentastungs-Boße.  
**30 junge Chordamen**  
habliche  
können sich melden vormittags von 11-12 im Bureau des Palast-Theater, Burgstraße 22.  
**Strand-Restaurant** am Wäggelsee  
zwischen Wäggelsee und Teufelsee. Wunderbar schön von der Natur begabt. **Tanzsaal** mit Parquet-Parkboden, 2 Regelhöfen. Gr. Halle, 3000 Personen fassend. Empf. den Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zum Sommer-Ausflug.  
**A. Degebrodt, Gastwirt.**

**Haben Sie Wanzen??**  
Dann ist es Ihre eigene Schuld! Lesen Sie das Buch über „Luggeleier-plage“, welches gratis und franco (als Brief gegen 20 Pf. Karten) an jedermann gesandt wird. 22992  
In diesem Werkchen findet man genaue Anweisungen: Wanzen, Schwaben, Ameisen, Fliegen etc. gründlich und dauernd zu vertilgen.  
**R. Hoffers,**  
Berlin, Mantelstr. 92.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Wildwig.  
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**  
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Perzonal.  
Nur erstklassige Kräfte.  
Georg Fischer (Viederländer), Ernst Kühne (Charakter-Komiker), Fritz Verra (Kobalt-Soubrette), Charles Gilton (Equilibrist), The Original Bacars (Musikalischer Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Kaffeetauben, Los Figanos (Instrumentalisten).  
Neues gediegenes Familien-Programm.  
Entree: Wochentags 20 Pf. | Entree: Sonntags 25 Pf.  
Numerierter Platz 40 Pf. | Numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. | Anfang der Vorstellung 6 Uhr.  
In den Festjalen: Großer Ball.  
Die Kaffeeküche ist geöffnet.  
Max Kliem.

**Schweizer-Garten**  
Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Mittwoch:  
**Großes Familien- und Kinderfest.**  
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.  
Jeden Abend von 10-11 Uhr:  
**Ober-Bonze von Kiautschou.**  
Kaufstättungs-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Gieser. — Musik von Max Schmidt.  
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.**  
Sonnabend, den 26. August cr., abends 8 Uhr:  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängers.**  
Anfang der Vorstellung: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Sonntags: Numerierter Sperrst. 75 Pf. Entree 50 Pf. Wochentags: Sperrst. 60 Pf. Entree 40 Pf. Im Vorverkauf Sperrst. 30 Pf. Entree 30 Pf. Billets im Vorverkauf sind zu haben in den Cigarren-geschäften von Vöcker u. Wolf, Kottbuserdör, Alfred Wegener, Kottbuserstr. 1, Paul Juhl, Beigestr. 24a.

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.**  
Sonnabend, den 26. August cr., abends 8 Uhr:  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängers.**  
Anfang der Vorstellung: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Sonntags: Numerierter Sperrst. 75 Pf. Entree 50 Pf. Wochentags: Sperrst. 60 Pf. Entree 40 Pf. Im Vorverkauf Sperrst. 30 Pf. Entree 30 Pf. Billets im Vorverkauf sind zu haben in den Cigarren-geschäften von Vöcker u. Wolf, Kottbuserdör, Alfred Wegener, Kottbuserstr. 1, Paul Juhl, Beigestr. 24a.

**Jeder Arbeiter**  
**Jeder Handwerker**  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose Merkules tragen.  
Wein, Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Riemlöcher u. Rapp-nähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, die Hufe  
(bei Entnahme von) **4 Mf. 50**  
Echt indigoblaues Jackett für  
Machisinen, Monteur etc. 1 R. 90  
Echt indigoblaue Hufe dito 1 R. 50  
Prima Wandkeller Hufe 8.-, 5 R. 50  
Gefütterter Mantel-Jackett 13.-, 10.-  
Maier-Hittel in Velour-Art 2 R. 25  
Rechtlicher Hittel (braun) 2 R. 40  
Weißes Leder-Jackett, gefüttert, zweifach 7 R. 50  
Weiße Leder-Hufe, Prima  
Ware 3 R. 75

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Berlin N., Berlin 80.,  
Chausseestr. 21a. Brückenstr. 11.  
Berlin O.  
Gr. Frankfurterstr. 16.  
Die 13 te Preisliste (Ausf. 1 Million) über gefamte Herren- und Knaben-Gesellschaft wird gratis u. franco versandt. Versand von 30 Mf. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.  
(Nachdruck verboten)

Empfehle meine drei Restaurants:  
**Rübezahl**, am Wäggelsee,  
**Teufelsee**, Wäggelberge,  
**Harientlust**, a. d. Dahme,  
zwischen Grünau und Friedrichshagen  
bei Fuhpartien über die Wäggel-  
berge. 1870R\*  
**C. Streichhan,**  
Besitzer des Kaiserhofs Cöpenick.

**W. Noacks Festsäle,**  
Brunnenstr. 16.  
Empfehle meine neu renovierten  
Säle Vereinen und Gesellschaften  
unter coulantesten Bedingungen.  
Auch sind noch einige **Sonn-  
abende** frei. 2078b

**Untenbrinks**  
**Tanz-Institut.**  
Frankfurterstr. 58. [23439\*  
Sonntag, 3. Sept., beginnt der erste  
Tanzkursus in der Saison. Empfehle  
meinen Saal mit Theaterbühne, sowie  
große und kleine Beerdigungszimmer  
zu Festlichkeiten und Versammlungen.

**Restaurant Klekema!**  
bei Ravenstein.  
Baignation Girschgarten.  
Sonntag, den 27. August, im Park  
Saal: **Grosser Tanz.**  
Kaffeeküche, 2 neue Regelhöfen.  
Ausspannung. 2306R  
Für gute Speisen und Getränke ist  
besonders georgt.  
**Wilhelm Bräsewitz.**

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
Deflation kräftigsthalber zu bekannten Goldminen 11. 17\*  
Ein gut gehendes Materialwaren-Geschäft mit Grünraum und Kasse. Umstände halber preiswert zu verkaufen. Pantow, Wollanstr. 112.  
Fahrräder, erstklassige Marken, 2 Jahre Garantie. Geladene Räder, noch gut erhalten, billig. Teilzahlungen gestattet. Tandem und Einzeliger werden vertrieben. Karl Fischer, Beuelstr. 9. 51R\*  
Möbel, Haar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110. I. G. Schmidtbergerstr. 142\*  
Ruhbaummöbel, Kleiderständer, Bettlöcher, Sofa, Vertikales, Spiegel, Verkleidetes Spottbillig. Gartenstr. 32A. I. lnt. 142\*  
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, wegen Wegzugs spottbillig. Waidmannstr. 68. I. lnt. 99K\*  
Betten, Schlafbetten, Stoppbetten, Portieren, Kleiderständer, Teppiche, Tischdecken, Kleiderständer, Regulatorien, Hemdenträger spottbillig. Pfandloche, Waidmannstr. 6. 97/1\*  
Teppich, prachtvoller Plauerker, Große Frankfurterstr. 9. 143\*  
Uhrenausverkauft spottbillig, Steifigerstr. 126 parterre. 12\*  
Goldwaren-Kleiderverkauf, spottbillig, Stallstr. 126 parterre. 13\*  
Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gustav Breders, Engel-Str. 20. 1413\*  
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Reparaturen, Polier-Apparate, Wandregal, Vorkingstr. 16. 1700\*  
Eichhörnchen, junge, fingerzahn, Stück 2 R. Brückenstr. 1, Spezialgeschäft. 99/100\*

**Vermischte Anzeigen.**  
Elektrotechnik. Neuer Abendkurs. Fackel, Alte Jakobstr. 24.  
Elektra. Prinzengasse 55. Praktische Ausbildung in allen Elektromonteurarbeiten. Abendkurs. Aufnahme jederzeit. Prospekt gratis. 188R\*  
Vereinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Wadewitz, Romanmandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstr. 1902R\*  
Vereinszimmer (zwei freundliche) sind zu vergeben, auch passend für Jackfeste. Hugo Lehmann, Dittmannstr. 10 (Gte). 177\*

**Zimmer.**  
Separat möbliertes Zimmer zu vermieten an einen anständigen Herrn, mit Kaffee 18 Mark Markstr. 47, Hof III. 143

**Arbeitsmarkt.**  
Stellenangebots.  
3.50 Feuerversicherung Bauener-  
straße 3. 93/1\*  
Kollportiere und Haushälter bei  
hohem Verdienst sucht die Buch-  
drucker von Carl Ringer und Sohn,  
Alexandrinenstr. 27. 2094b  
Zwei Gesellen auf Busseid und  
Vertikales verlangt. Kummelsburg,  
Rantstr. 11. 2097b  
Tüchtiger Radigmacher verlangt  
Branzenstr. 12. 2116b  
Gärtner verlangt. F. Kniesel,  
Waldstr. 70. 2127b  
Weibliche Gesellen suchen Arbeit  
fort dauernde und lehnende Be-  
schäftigung. Filzschuhfabrik Reuz  
Königsstr. 30. 1069\*  
Junge Mädchen für leichte Hand-  
arbeiten verlangt die Geschäfte-  
bühnenfabrik Riefenstahl, Zump u. Co.,  
Hohlfeldstr. 67. 1102K\*  
Kartons Arbeiterinnen, geübte,  
junge Mädchen suchen dauernde  
Beschäftigung bei Hoffmann, Ritter-  
str. 78. 2112b  
Blätterer verlangt. Dresden-  
str. 88, Hof III. 2115b  
Kartons Arbeiterinnen im und  
außer dem Hause sucht Fräulein,  
Ruhansien-Allee 7. 2115b

**Arbeiterinnen** verlangen Ge-  
brüder Glemens u. Co., Charlotten-  
burg, Salgauer 2. 2123b  
**Gesparten, Bernheimerinnen** ver-  
langt Thiem, Tiltstr. 34, vorn 143  
**Wäsche, Woll und Weiß:** Näde-  
rinnen verlangt Schmidt, Frank-  
furter Allee 90. 143  
**Politen, Säumen, Näderinnen,**  
Borderteile im Hause, 15jähriger Sohn,  
verlangt Jannasch, Brunnenstr. 83.  
**Im Arbeitsmarkt durch**  
besonderen Druck hervorgehobene  
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

**Annahme-Stellen**  
für „Kleine Anzeigen“.  
Osten:  
Robert Wengels, Brückenstr. 30, S. 2.  
Vogel Dwe., Kopenstr. 83  
Chr. Schütz, Blumenstr. 14.  
Nordosten:  
J. Reul, Bornimstr. 42.  
Norden:  
W. Gahmann, Wilmshagenstr. 65.  
Karl Wars, Ruhansien-Allee 95/96  
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.  
E. Dehnb., Kadenplatz 21.  
S. Vogel, Demminstr. 82.  
H. Ties, Invalidenstr. 124.  
Nordwesten:  
Karl Anders, Salzweberstr. 3.  
Südwesten:  
F. Charsorge, Bergmannstr. 23, S. II.  
S. Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
Süden:  
Gans Baake, Dresdenstr. 52/53  
F. Guttschmidt, Kottbuser Damm 3  
Südosten:  
Fris Thiel, Stallstr. 35.  
E. Weiche, Wäggelstr. 58.  
Marrin Weida, Adalbertstr. 24.  
Centrum:  
V. Gorch, Spidstr. 27.  
Charlottenburg:  
Waj. Scharsberg, Schillerstr. 94 I.  
H. Ties, Kaiser Friedrichstr. 37 b.  
Friedenau:  
S. Bernice, Spidstr. 15.  
Friedrichsberg:  
Anton Ropp, Friedrichstr. 4.  
Pankow:  
Kunze, Röhrlinerstr. 15.  
Rixdorf:  
G. Chermann, Erdstr. 6.  
G. Reheran, Hermannstr. 50.  
Schöneberg:  
Willy Bäumer, Apothekenstr. 13  
Weissensee:  
Geirich Bachmann, Leberstr. 1.  
Julius Schiller, Königshausen-  
Wald. Lieblichwager, GutsMuths-  
straße 18.



Versammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Donnerstag eine Delegiertenversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Reyle, die Maurer lokaler Richtung haben ihren Delegierten zurückgezogen, weil in der Gewerkschaftskommission an die Stelle des Rechts die Willkür getreten sei. Erdmann machte Mitteilung vom Rücktritt der Marmor- und Granitarbeiter. Hierauf teilte Millarq mit, daß einige kleinere Gewerkschaften Lohnbewegungen bei dem Ausschuß angemeldet haben.

Thomas gab nunmehr eine Darstellung des Streiks der Steinarbeiter. Der Streik habe bis jetzt einen für die Arbeiter nicht ungünstigen Verlauf genommen, die Streikenden stehen fest zusammen, aber infolge des Verhaltens der Unternehmer, die hier eine Kraftprobe veranstalten wollen, könne der Ausstand größere Dimensionen annehmen, und die Steinarbeiter erziehen deshalb um finanzielle Unterstützung ihres Streiks. — Nachdem Schauerhammer und Winkler, sowie Vink namens des Ausschusses die Unterstützung des Streiks bekräftigt hatten, wurde dieselbe in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen genehmigt.

Hierauf begann die Beratung über die Forderung des Abstimmungsmodus. Dazu liegen folgende Anträge vor: Die Vertreter der Buchdrucker, Holzarbeiter, Metallarbeiter, centralisierten Maurer, Töpfer, Zimmerer in der Berliner Gewerkschaftskommission empfehlen der Gewerkschaftskommission folgende Abänderungen des bisher geltenden Reglements:

1. Den ersten Satz „Zusammensetzung der Kommission“ zu streichen und durch folgenden zu ergänzen:

Die Berliner Gewerkschaftskommission setzt sich aus Vertretern der Berliner Gewerkschaften zusammen, welche in öffentlichen Versammlungen gewählt sein müssen. Die Gewählten haben sich bei ihrer Anmeldung dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission gegenüber zu legitimieren. Ausgeschlossen von der Vertretung innerhalb der Berliner Gewerkschaftskommission sind diejenigen Gruppen eines Gewerbes, die sich aus persönlichen oder sachlichen Gründen von ihren Organisationen abzweigen und Sondervereine bilden.

Gewerkschaften, die bis 500 Mitglieder zählen, haben sich durch einen Delegierten in der Berliner Gewerkschaftskommission vertreten zu lassen; sofern sie jedoch über 500 Mitglieder zählen, und zwar bis 1000, können sie sich durch zwei Delegierte vertreten lassen. Größeren Gewerkschaften ist es gestattet, sich je nach ihrer Stärke, dem vorstehenden entsprechend vertreten zu lassen, jedoch mit der Maßgabe, daß keine Gewerkschaft mehr denn sechs Delegierte zu entsenden hat.

Die Sitzungen der Berliner Gewerkschaftskommission sind öffentlich.

2. Den dritten Satz „Der Ausschuß“, im fünften Absatz die letzten vier Zeilen zu streichen und wie folgt abzuändern:

Die Unterstützung eines Streiks kann nur erfolgen, wenn zwei Drittel der berechtigten Stimmen in namentlicher Abstimmung ihre Zustimmung dazu geben. Auf Antrag von acht Delegierten ist bei prinzipiellen Fragen Beschluß darüber zu fassen, ob nach der Stärke der Organisationen abgestimmt werden soll. Im zustimmenden Falle wird in der Weise abgestimmt, daß auf je 500 der vertretenen Berufsgenossen eine Stimme gerechnet wird. Bei Abstimmungen über Anträge, die nicht prinzipieller oder finanzieller Natur sind, hat jeder Delegierte nur eine Stimme.

3. Den vierten Satz „Die Aufbringung von Geldern“ den vierten Absatz zu streichen und wie folgt zu fassen:

Die durch die Berliner Gewerkschaftskommission für Ausstände aufgebrauchten Gelder sind von dem Bureau an die jeweiligen Leitungen der im Streit befindlichen Gewerkschaften abzuführen.

Ferner, als neuen Absatz 5 einzufügen:

Für den Unterhalt des Bureau haben die Berliner Gewerkschaften pro Kopf und Jahr 10 Pf. zu entrichten. Jedoch darf der Jahresbeitrag nicht unter 20 M. fallen.

Als neuen Absatz 6 einzufügen:

Von allen durch das Bureau gehenden Geldern sind 3 Proz. für Unkosten in Abzug zu bringen.

Abz. 7 gilt als Absatz 7. —

Die Steinbauer, Holz- und Bretterträger, Stodarbeiter, Zinngießer, Schirmmacher, Fliesenleger, Musikinstrumenten-Arbeiter, Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, Zimmerer (sol.), Bäcker und Möbelpolierer beantragen:

Die Gewerkschaftskommission möge beschließen: Der in der Sitzung vom 6. Juli von den lokalorganisierten Gewerkschaften gestellte und angenommene Antrag, den Abstimmungsmodus betreffend, ist wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Delegierte der Zinngießer, aber den vorstehenden Antrag sofort abzustimmen, denn wenn derselbe abgelehnt wird, könnten die Befürworter des ersten Antrages unter sich bleiben. Rassin bemerkt dazu, es scheint, daß die Lokalorganisationen bereits entschlossen sind, ihren eigenen Weg zu gehen. Wenn dem so sei, dann könne eine zeitliche Scheidung nur wünschenswert sein. Raach tritt dafür ein, daß man zunächst die vorliegenden Anträge diskutiere. Es werde sich wohl ein Weg finden, auf dem die Berliner Gewerkschaften auch ferner zusammengehen können. Nicht die Stimmung einzelner betrübter Genossen, sondern die Interessen aller Gewerkschaften sollen hier maßgebend sein. — Der Geschäftsordnungs-Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Rassin begründet nun den ersten Antrag: Es sei nicht leicht, alle in der vorliegenden Frage Interessierten zufrieden zu stellen. Die centralisierten Gewerkschaften glauben aber, daß der von ihnen eingebrachte Entwurf allen Gewerkschaften gerecht wird. Reu sei der Passus, welcher die Vertretung von Sonderorganisationen ausschließt. Dieser Passus solle sich aber nicht etwa gegen die schon bestehenden Lokalorganisationen richten, sondern nur gegen eine Vertretung derjenigen Sondervereinigungen, die sich neuerdings von der Organisation ihrer Verufe losgetrennt haben, weil sie mit den Beschlüssen der letzteren nicht einverstanden waren, wie z. B. die Gewerkschaft der Metallarbeiter. Durch den betreffenden Passus solle ausgedrückt werden, daß Abspaltungen der bezeichneten Art nicht auf Anerkennung durch die Gewerkschaftskommission rechnen können. Was den vorgeschlagenen Modus der Vertretung betrifft, so hielt er manchen der kleineren Gewerkschaften mehr Rechte, als sie bisher hatten. Wenn auch den großen Gewerkschaften bis zu 6 Delegierte zugestanden werden, so sei doch nicht anzunehmen, daß sie von diesem Recht vollen Gebrauch machen würden. Mit der Bestimmung, daß eine Abstimmung nach der Stärke der Organisation nur vorgenommen werden kann, wenn sie von acht Delegierten beantragt wird, glaube man den kleineren Gewerkschaften eine Konzession zu machen, und der befürchteten Majorisierung einen Damm vorzuschieben. Da anzunehmen sei, daß sich die Aufgaben des Gewerkschaftsbureau mehr und mehr erweitern und die Kosten desselben dann nicht mehr aus den Beiträgen gedeckt werden können, sei vorgeschlagen, 3 Proz. von den durch das Bureau gehenden Geldern zurückzubehalten. Redner erwidert nun Annahme des Antrages, denn derselbe sei das Einzige. — Musikinstrumenten-Arbeiter Krendt bezieht den von Rassin empfohlenen Antrag als unannehmbar. Kaufmann Raach fährt aus: Er habe sich stets bemüht, für Ausgleichung der Differenzen, welche sich in der vorliegenden Frage bemerkbar machten, zu wirken. Dagegen habe der „Vorwärts“ durch die verböhrte, tendenziöse Berichterstattung über die Sitzungen der Gewerkschaftskommission zur Verschärfung der Differenzen und zur Verheerung der Berliner Arbeiterbewegung beigetragen, der Bericht, den der „Vorwärts“ über die letzte Sitzung brachte, sei in so tendenziöser und gehässiger Weise entworfen, daß er an die Machenschaften der blutigsten Revolverjournalisten erinnere. Da nach den bisherigen Erfahrungen Vorstellungen bei der Redaktion nutzlos seien, so sehe Redner sich ge-

nötigt, diese Angelegenheit vor das Forum der Berliner Arbeiterbewegung zu bringen und hier zu zeigen, was in der Redaktionsschule des „Vorwärts“ in tendenziös-gehässiger Sinne zusammengebraut wird. — In seinen weiteren Ausführungen stimmt der Redner im allgemeinen dem ersten Antrage zu, hat aber Bedenken gegen die unbedingte Ausschließung der Sonderorganisationen, da man die Gewerkschaftskommission nicht zum Schiedsrichter in Streitfragen innerhalb der Gewerkschaften machen dürfe. Redner stellt eine andere Fassung des betreffenden Passus in Aussicht und betont schließlich, daß es sich nicht um einen Gegensatz zwischen kleinen und großen, lokalen und centralen, sondern um das Wohl aller Gewerkschaften handle.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklären sich Steinzeiger Knoll, Köpfer Hagen, Metallarbeiter Schlegel und Holzarbeiter Haffner für den ersten Antrag, während Handelshilfsarbeiter Mhes, Bäcker Hätschold und Bäcker Schneider gegen denselben sprechen. Die in den früheren Sitzungen, vertreten die Anhänger der lokalen Richtung auch diesmal die Ansicht, daß sie durch den Antrag der centralen Richtung in ihren Rechten beschränkt werden sollen, was um so mehr zu beklagen sei, als die kleinen Gewerkschaften im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl für die Allgemeinheit mehr finanzielle Opfer bringen, wie die großen Gewerkschaften. Einige Vertreter der letzteren bestritten diese Behauptung und betonten, daß es sich nur um eine gerechte Vertretung handle und von einer Vereinträchtigung irgend einer Gewerkschaft keine Rede sein könne.

Der eingangs erwähnte zweite Antrag, von den Steinbauern und anderen Gewerkschaften gestellt, wird in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Hierauf erklären die Delegierten der nachfolgenden Gewerkschaften ihren Austritt aus der Kommission: Zimmerer (lokal), Musikinstrumenten-Arbeiter, Bäcker (lokal), Steinbauer, Fabrik- und Hilfsarbeiter, Holz- und Bretterträger, Schirmmacher, Stodarbeiter, Schlächter, Fliesenleger, Zinngießer.

Holzarbeiter Klinger erklärt im Namen der centralisierten Gewerkschaften, Die Delegierten dieser Gewerkschaften würden in keinem Falle von der Kommission zurückgetreten sein, auch dann nicht, wenn die Abstimmung gegen sie ausgefallen wäre. — Ausschußmitglied Vink bemerkt: Die sechs Ausgetretenen, soweit deren Gewerkschaften Verpflichtungen übernommen haben, für die der Ausschuß sich verbürgt hat, sollten nun auch dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaften diese Verpflichtungen erfüllen.

Gegen den Widerspruch von Raach erklärt nun Richterlatzer Reinko zu einer persönlichen Bemerkung das Wort: Als Verfasser des — um im Tone des Genossen Raach zu reden — von diesem in wahrhaft gehässiger Weise kritisierten Berichtes der letzten Sitzung, mußte er die Anschuldigungen des Genossen Raach auf sich beziehen. Der Bericht gebe, so weit das im Rahmen eines Zeitungsberichtes möglich ist, ein zureichendes Bild der Verhandlungen. Tatsächlich hätten sich doch die Debatten über den Abstimmungsmodus zu einem Gegensatz zwischen lokalen und centralen, kleinen und großen Gewerkschaften zugespielt, und diese Gegensätze seien in der vorigen Sitzung scharf zum Ausdruck gekommen. Wenn dieser Zustand, wie es Genosse Raach zu wünschen scheint, in dem Bericht nicht veranschaulicht worden wäre, dann hätte man dem Redner mit Recht den Vorwurf tendenziöser Berichterstattung machen können. Raach habe nun auch die Redaktion verdächtigt. — (Hier unterbricht der Vorsitzende den Redner mit der Bemerkung: Die Redaktion könne sich selber verteidigen.) Reinko fährt fort: Ob der Bericht in dem einen oder anderen Punkte hätte anders sein können, das sei Sache der persönlichen Auffassung, und darüber liege sich reden. Ganz entschieden müsse er sich aber gegen die Unterstellung verwahren, daß er einen tendenziös-entstellten Bericht verfaßt habe, um bestehende Differenzen zu verschärfen, oder gar die Berliner Arbeiter gegeneinander zu verhetzen. Raach erwidert: Er habe Reinko nicht persönlich angegriffen, und dieser habe daher keine Veranlassung zu einer persönlichen Bemerkung gehabt. Redner sei überzeugt, daß die Berichte wohl durch die Redaktion tendenziös zurechtgerichtet werden. Er könne dafür Beweise beibringen. Im übrigen sei es ja in Berlin allgemein bekannt, daß Parteigenossen, deren Meinung mit der vom „Vorwärts“ vertretenen Ansicht nicht übereinstimmt, durch die Redaktion in unerhöhrter Weise niedergeschüttelt werden. (Große Unruhe. Rufe: Unerschöpflich! Unerschöpflich!) Knäpfer bezeichnet das Auftreten von Raach als eine Unverschämtheit und Unverschämtheit sondergleichen, und bedeutet ihm, da hier nicht der Ort sei, den „Vorwärts“ zu kritisieren, so möge er mit seinen „Beweisen“ in den nächsten stattfindenden Parteiveranstaltungen herausdröhen.

Die Abstimmung über den Antrag der centralen Gewerkschaften wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Es fehlten die Vertreter der Bauanschläger, Buchdrucker, Hülsenarbeiter, selbständige Mützenmacher, Stuccateure, Kypographen.

\*) Mit dem Genossen Raach wollen wir weiter nicht rechten; die beste Widerlegung seiner aufgeregten Schimpfereien, für deren Berechtigung er nicht einmal versucht einen Beweis zu erbringen, dürfte darin liegen, daß wir ihn hier so ausführlich zu Worte kommen lassen, wie unser ganz uninteressierter Berichterstatter es uns berichtet. Dagegen möchten wir dem Vorsitzenden der Versammlung, Genossen Sassenbach, bemerken, daß es zwar für uns sehr schmerzhaft ist, wenn er meint, wir könnten uns selbst verteidigen, daß es aber einfacher gewesen wäre, wenn er unsern Berichterstatter gestattete hätte, den Satz zu vollenden. Die Versammlung hätte dann sofort erfahren, was wir nun hiernit feststellen müssen: daß die Redaktion den Bericht über die letzte Sitzung des Gewerkschafts-festells, enthalten in Nr. 169 des „Vorwärts“, so aufgenommen hat, wie er vom Berichterstatter eingegangen ist; es ist kein Wort daran geändert worden.

Im Interesse unseres Berichterstatters bemerken wir noch, daß er ein durchaus gewöhnlicher Mann ist, der es mit seiner Berichterstatterpflicht so ernst nimmt, daß sich Gen. Raach ein Beispiel an ihm nehmen könnte. Uebrigens ist uns gegen den angegriffenen Bericht keinerlei Verächtigung zugegangen. Red. d. „Vorwärts“.

In einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, die am Donnerstag im Louisenparkischen Kongresshaus tagte, sprach der Genosse Käther über die gegenwärtige Lage und über den Streik der Drücker in der Berliner Metallwaren-Fabrik, vorm. Luchardt. Er führte unter anderem aus: Die Geschäftslage in der Metallwaren-Fabrikation sei eine sehr gute. Von einigen Betrieben abgesehen, hätten alle Fabrikanten vollauf Beschäftigung, und Arbeitslose seien so gut wie nicht vorhanden, obwohl die Hochsaison erst in einigen Wochen eintrete. Das treffe sowohl auf die Drücker wie auf die Gürtler zu. Umso mehr befremdet die Differenzen, zu denen es in einer Reihe von Betrieben gekommen sei. Die Unternehmer verächteten vielfach, auf Kosten der Arbeiter billiger zu produzieren, trotz der erzielten Preissteigerung der Fabrikate. Wenn sich die Metallarbeiter zur energischen Vertretung ihrer Interessen aufraffen, dann könnten sie mindestens Verschlechterungen verhüten. So habe man, als Arbeiter der Firma Heber wegen der Waise gemahngelt wurden, durch energisches Vorgehen bewirkt, daß weitere Nachregelungen unterblieben. Differenzen bei der Firma Kirchner seien gleichfalls im Interesse der Kollegen erledigt worden. Vor etwa vierzehn Tagen habe die Firma Deute u. Co. verlangt, nicht nur den Drücker, sondern auch den Dreher und anderen Arbeitern erhebliche Abzüge zu machen. Darauf hätten dann die Kollegen mit eigenen Forderungen geantwortet. Ohne eigentlichen Streik, unter Opferung nur weniger Arbeitsstunden, sei es innerhalb einiger Tage gelungen, die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden, einen Stundenlohn von 50 Pf. für alle qualifizierten Arbeiter und eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für die

nicht qualifizierten Arbeiter durchzusetzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit trete am 1. Oktober in Kraft. — Der letzte Streikfall, der vor wenigen Tagen zum Austrag gekommen sei, betreffe die Berliner Metallwaren-Fabrik vormals Luchardt. Hier seien bisher die meisten Arbeiten großweise angefertigt worden. Selbstverständlich sei auch der Accordpreis einem solchen größeren Auftrage gemäß berechnet worden. Neuerdings habe man nun von den Drückern verlangt, auch kleinere Posten, z. B. 1/4 Gros, zu dem Großpreise zu machen. Deshalb sei es zum Streik gekommen, die Kollegen hätten aber schließlich mit Herrn Luchardt einen Waffenstillstand geschlossen, und zwar habe man folgendes vereinbart: Gewisse lästige Nebenarbeiten werden den Drückern abgenommen. Diese arbeiten vorläufig zu den alten Preisen weiter. Für den Fall, daß sie bei kleineren Aufträgen nicht zurecht kommen, wird ihnen ein Stundenlohn von 50 Pfennig garantiert. Die während des auf sechs Wochen bemessenen Provisoriums gesammelten Erfahrungen sollen dann die Grundlage neuer Verhandlungen bilden. Zum Schluß ermahnte der Redner die Drücker, enger zusammenzutreten und mehr Thatskraft zu zeigen. Vor allem müsse in dieser günstigen Geschäftszeit jeder, auch der geringsten Verschlechterung vorgebeugt werden, und es sei auch an der Zeit, mal für Verbesserungen einzutreten.

Hey, Vorkämpfer in der Ortsverwaltung des Verbandes, regt die Wahl von Vertrauensmännern an. Solche wären zur Zeit nur noch in etwa 20 Betrieben vorhanden. Das müsse wieder anders werden. — In der folgenden Debatte wurde der Ausbau der Vertrauensmänner-Institution von mehreren Seiten bekräftigt. Zur Ueberfruchtungsfrage äußerten sich einige Redner dahin, daß Ueberfruchtungen am besten ganz verweigert würden. Ein Beschluß wurde hierzu nicht gefaßt. Dagegen nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„In allen Werkstätten, wo jetzt keine Vertrauensmänner sind, haben die Kollegen solche zu wählen. Die Adressen sind alsbald dem Kollegen Hey anzugeben, damit dieser in nächster Zeit eine Vertrauensmänner-Konferenz abhalten kann, die darüber zu beraten hat, welche Schritte zu machen sind, um den Mißständen in der Branche ein Ende zu bereiten.“ Hey wohnt Straußbergerstr. 42. Die Vertrauensmänner-Konferenz, die sobald als möglich stattfinden soll, wird sich auch mit der Wahl eines Vertrauensmannes für die Berliner Drücker beschäftigen. — Hey forderte zu einer besseren Beteiligung an den Sammlungen für die dänischen Ausgesperrten auf. Jeder Kollege müßte wöchentlich 50 Pf. opfern.

Die Kistenmacher hielten am Donnerstagsabend in den Andreasfälen eine öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Die Aussperrung bei Stolze und der Streik bei Voigt. Bolter berichtete über die Verhandlungen mit der Firma Stolze, die zu keinem Resultat führten. Die Firma Kubig u. Jumberg, welche durch den Streik bei Voigt in Bellegenheit gekommen ist, wollte die Arbeit, welche sie ursprünglich Herrn Voigt übertragen hatte, wegen des dortigen Streiks der Firma Stolze übertragen. Die Kistenmacher dieser Firma weigerten sich, diese Arbeiten fertigzustellen und wurden wegen dieser Weigerung ausgesperrt. Ein anwesender Vertreter der Firma Stolze führte aus, daß die Sache jetzt infomeren anders liegt, als die Firma Kubig und Jumberg sich nunmehr auf ein Vierteljahr verpflichtet habe, ihre Arbeit der Firma Stolze zu übertragen. Es könne doch von der Firma nicht verlangt werden, daß sie einen neuen Kunden zuzulassen. Von allen Seiten wird dagegen betont, daß es sich dabei lediglich um eine Verschleierung des wirklichen Thatsbestandes handelt und daß nur auf einem Umwege der Firma Voigt, bei der die Kollegen im Streik gezwungen worden, beigesprungen werden soll. Es wird berichtet, daß von Kubig u. Jumberg anderen Kistenfabriken sogar noch größere Zugeständnisse gemacht worden sind. Das ist aber nur ein Beweis dafür, daß es um der Sache der Kistenmacher gut sehe. Im übrigen wird festgestellt, daß eine ganze Reihe von Kistenfabriken seitens ihrer Arbeiter die Arbeiten der Firma Kubig u. Jumberg abgelehnt haben. Es wird dann beschlossen, daß die Kollegen bei Stolze so lange die Arbeit nicht aufnehmen, als diese Firma Voigtische Kunden bedrängt. Weiter wird beschlossen, daß am Freitagmittag die Kommission noch einmal bei Stolze vorsprechen soll. — Frieze berichtet über den Stand des Streiks bei Voigt. Festgestellt ist, daß von der Firma Einsporen ein Teil der Arbeit gemacht wird. Weiter erscheint es auffällig, daß plötzlich die Firma Vermeiser so große Aufträge nach Pommelsburg gegeben hat, daß fast der Verdacht entsteht, daß diese Firma Arbeiten für Keumann u. Hennig ausführen läßt. Streikbrecher wurden bei Voigt neun bis zehn gezählt. Als einer der Redner die Kollegen auffordert, ohne Rücksicht auf die Polizei ihre Pflicht bei der Ueberwachung zu thun und dabei bemerkt, nach der Teufelsinsel könne niemand deswegen gefaßt werden, erhebt sich der überwachende Beamte mit den Worten: „Herr Vorsitzender, wenn das in dem Tone weiter geht, löse ich die Versammlung auf!“ (Bewegung und Gelächter in der Versammlung.) Interessant sind einzelne der von den Streikposten mitgeteilten Abenteuer. So wurde in der Lindenstraße einem Kollegen von einem Schyumann gesagt: „Geben Sie auf der anderen Seite Spazieren; hier wird gestreikt.“ Trotz dieser nicht immer angenehmen Vorwommnisse erklärten die Streikenden, fest und unentwegt zur Sache zu halten. Ein Antrag, noch einmal mit Herrn Voigt in Unterhandlung zu treten, um ihm den Rückzug zu erleichtern, wird abgelehnt, da Herr Voigt wohl weiß, an wen er sich zu wenden hat. Zum Schluß wird dann noch zu recht regem Besuche des am Sonnabend stattfindenden Stiftungsfestes aufgefordert und mitgeteilt, daß die Streikenden freien Eintritt haben.

Die Zimmerer lokaler Richtung hielten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung bei Cohn, Venthstr. 20, ab. Zunächst berichtete Hoff, daß die übliche Quartalsrevision stattgefunden hat und daß Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden wurden. Die Einnahmen des Agitations- und Unterstiftungsfonds betragen im verflossenen Quartal inklusive des alten Bestandes von 2204,83 M. insgesamt 9413,63 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 4492,11 M., so daß ein Bestand von 4921,52 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Neppschläger einstimmig die Entlohnung erteilt und demselben 20 M. Entschädigung bewilligt. Hierauf erstattete Th. Fischer Bericht über die Verhandlungen der Revisorcommission und über die mit dem Arbeitgeberbund getroffenen Abmachungen. In Bezug auf die Löhne und die Arbeitszeit sind dieselben Vereinbarungen wie mit den Maurern getroffen. Ebenso sind auch die weiteren Bestimmungen, die Bauarbeiten, Aborte usw. betreffend, fast mit denen der Maurer gleichlautend und treten ebenfalls sofort bezw. am 1. November in Kraft. Während sich die meisten Redner mit den Abmachungen im allgemeinen einverstanden erklärten und der Meinung Ausdruck gaben, daß dadurch und mit Hilfe einer kräftigen, zielbewußten Organisation stabilere Verhältnisse im Zimmerergewerbe geschaffen werden, sprachen sich andere Redner, wie bereits in früheren Versammlungen, entschieden dagegen aus. Sie glaubten, daß wohl die Zimmerer durch die Vereinbarungen, die in verschiedenen Punkten auch ungenügend wären, gebunden seien, daß sie aber von dem größten Teil der Unternehmer nicht gehalten und für diese nur auf dem Papier stehen werden. Ein Antrag, den Abmachungen mit dem Arbeitgeberbunde nicht zuzustimmen, wurde mit erheblicher Majorität abgelehnt. Sinegen gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem die Unternehmer erucht werden sollen, den Arbeitern das Fahrgeßel zu erschießen, wenn die Arbeitshalle außerhalb der Reichweite liegt. Hierauf erörterte Th. Fischer die Vorwommnisse in der Berliner Gewerkschaftskommission bezüglich des Abstimmungsmodus. Nach einer kurzen Diskussion, in der von verschiedenen Rednern mit dem Hinweis auf das Vorgehen der Vertreter großer

Centralorganisationen die sofortige Zurückziehung des Delegierten beauftragt wurde, wurde folgende Resolution beschloffen: „Die am 24. August in Cohns Festsälen versammelten Zimmerer Berlins und Umgegend können dem Vorgehen einzelner Centralverbände in der Berliner Gewerkschafts-Kommission ihre Zustimmung nicht geben. Der Delegierte wird deshalb beauftragt, falls das bisherige friedliche Verhältnis nicht wieder hergestellt wird, sein Mandat niederzulegen.“ Nach Erledigung einer Unterstützungsangelegenheit wurde auf die Lohnbewegung der Bauarbeiter und Einleger hingewiesen und die Versammelten aufgefordert, für diese Bewegung auf den Bauten zu wirken. Das 8. Stiftungsfest des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend findet Sonnabend, den 26. August in der Brauerei Friedrichshain statt.

**Die Cementierer und Berufsge nossen** (Zahlstelle Berlin IV) hielten am 16. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, um die Abrechnung vom letzten Quartal entgegenzunehmen, welche folgendes ergab: Für die Hauptklasse: Einnahme 304,95 M., Ausgabe 237,45 M.; Einnahme für den Streifonds 226,80 M., Ausgabe 181,44 M.; Einnahme für die Lokalfasse 116,76 M., Ausgabe 104,78 M. Die Mitgliederzahl beträgt 220. Hierauf hielt das Mitglied Reumann einen interessanten Vortrag. Derselbe beantragte die Wahl einer Lohnkommission. Nach längerer Debatte wurde der Vorstand mit diesem Amte betraut. Hierauf stellte den Antrag, den gewählten Kollegen von der Firma Pederer eine Unterstützung zu gewähren. Der Antrag wurde dadurch erledigt, daß den betreffenden Arbeitern sogleich andere Arbeit nachgewiesen wurde. Auf sämtlichen Bauten sind Listen für die ausgesperrten dänischen Arbeiter zu haben.

**Die Drochsenkutscher** waren am Mittwoch zahlreich mit Frauen versammelt. Genosse Regner referierte über die Einnahme der heutigen Gesellschaft. Vize referierte danach namens der Revisoren den Bericht über den Agitations- und Streifonds. Der Barbestand beträgt nach der Revision vom 21. Juli d. J. 2982,60 M. Namens sind 472 Stück a 25 Pf. verkauft worden. Nach einer längeren, zum Teil unruhigen Diskussion wurde die Abrechnung mit allen gegen 3 Stimmen für richtig erklärt und Entlastung erteilt. Für die bereits abgeordneten 50 M. an die dänischen Ausgesperrten wurde die nachträgliche Bewilligung und die Ermächtigung, weitere 100 M. abzugeben, mit Begeisterung einstimmig erteilt. Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, der die Agitationskommission berechtigt, bei plötzlicher entfallenden Arbeitseinstellungen von Angehörigen anderer Berufe sofort eine Unterstützungsumme bis zu 100 M. zu bewilligen. Schultz berichtet nunmehr über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission und den von derselben beschlossenen Abstimmungsmodus. Redner kann sich mit den Absichten einzelner Gewerkschaften, aus der Gewerkschaftskommission auszuscheiden, nicht einverstanden erklären, was auch von anderen Rednern bejaht wird.

Mit allen gegen eine Stimme wurde nachstehende Resolution angenommen: Die am 28. August tagende öffentliche Versammlung der Drochsenkutscher Berlins beauftragt ihren Delegierten bei der Gewerkschaftskommission, für den von Delegierten der S. M. i. d. e. gestellten Antrag zu stimmen, wonach jede Gewerkschaft berechtigt sein soll, für jedes neue Hundert ihrer Mitglieder je einen Delegierten in die Kommission zu entsenden. Die Versammlung erachtet eine fernere Zusammenziehung der Gewerkschaftskommission im Sinne dieses Antrages für geboten im Interesse der Gleichberechtigung. Sie verurteilt mithin das Verhalten einzelner Gewerkschaften, ihre fernere Beteiligung an der Kommission zu verweigern, für nicht mahnend und, weil gegen die gesamten Arbeiterinteressen verstoßend, lassenbetreffend und organisiert Arbeitern für unwürdig.

Da von den Führern bereits Versuche gemacht wurden, die im letzten Winter erreichten Lohnaufbesserungen wieder rückgängig zu machen, wurde nach kurzer Begründung durch Schultz nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Drochsenkutscher Berlins erklärt, an dem im Winter 1898/99 erzwungenen Lohn von 1,50 M. und 25 Prozent der Einnahme pro Tag fest zu halten und jede Verkürzung dieser Forderung zurückzuweisen, da dieser Lohn — bei 10 M. Einnahme 30 Proz. — unbedingt erforderlich ist für eine nur bescheidene Lebenshaltung und Erfüllung der Pflichten gegen Familie und Gesellschaft. Ueberall, wo bei Führern Lohnabzüge gemacht werden, hat sofortige Arbeitseinstellung zu erfolgen. Im übrigen gilt die am 6. Dezember 1898 angenommene Resolution auch fernerhin als Richtschnur für die Lohnbewegung.“ Einem Antrage gemäß wurde das Ergebnis der Teilerfassung den freireisenden Führern in Leipzig überwiesen. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden: mehr als bisher, anstatt die inhaltlosen und arbeitserfindlichen bürgerlichen Blätter und Zeitungen, die Arbeiterblätter zu lesen, und sich der Organisation der Berliner Drochsenkutscher anzuschließen, wurde die Versammlung gegen 1 Uhr nachts geschlossen.

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** Berlins und Umgegend hielt Sonntag, den 20. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung bei Ewald. Versammlungen haben in diesem Jahre stattgefunden zehn für Mitglieder und acht öffentliche. Mitglieder sind in diesem Jahre aufgenommen 146. Das Vereinsvermögen ist um 392 M. gestiegen. Bei der Wahl wurden folgende Mitglieder gewählt: V. Karnal als 1. Vorsitzender, H. Schmidt 1. Schriftführer, Schönwaldt 1. Kassierer, Santowsky 2. Vorsitzender, Seefeldt 2. Kassierer, Fahrensohn 2. Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt Hedel, Hittel und Kernen, als Kontrolleure Hesel und Wielgezogen. Im Gewerkschaft-

lichen wurde besonders über die Firma Fischer u. Collberg verhandelt, weil von mehreren Kollegen der Beweis erbracht wurde, daß diese Firma geringere Preise zahlt, als den Kollegen laut Tarif bewilligt sei. Die Versammlung beschloß, daß alle organisierten Kollegen die größte Aufmerksamkeit auf tarifmäßige Bezahlung haben müßten.

**Die Vergolder** nahmen in ihrer außerordentlichen Versammlung am 21. d. M. Kenntnis von der Abrechnung des zweiten Quartals 1899. Sie ergab mit dem Bestande von 1731,54 M. eine Gesamteinnahme von 2570,24 M., Ausgabe 537,74 M., an die Hauptklasse 697,48 M., mithin jetziger Bestand 1635,12 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Hierauf leitete Schnorre eine Diskussion über die Anträge der Filiale München, betreffend die Einführung der Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung, und Verlegung des Termins der Generalversammlung ein. H. P. F. erklärte des näheren die Arbeitslosen-Unterstützung und empfiehlt warm seine eingebrachte Resolution, welche fast einstimmig Annahme fand. — Die Arbeitslosen-Unterstützung ist somit angenommen. — Die Krankenunterstützung, wenn auch gehörig diskutiert, wird nochmals auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung erscheinen. Die Verlegung des Termins der Generalversammlung wird durch eine Urabstimmung festgelegt werden. Interne Filialangelegenheiten bildeten den Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Eine Versammlung der Einseher**, einberufen vom Deutschen Holzarbeiter-Verbande, tagte am Donnerstag bei Cohn, Deutstraße, um die Stellung des Lokalvereins zur Lohnbewegung zu besprechen. Das Verhalten der Lokalorganisierten Einseher wurde getadelt und denselben der Vorwurf gemacht, daß sie sich nicht genügend an der Bewegung beteiligten und an das Streikbureau nicht die notwendigen Mittelungen gelangen lassen. In der Diskussion wurde von allen Rednern im Interesse der Bewegung zur Einigkeit gemacht und zum einmütigen solidarischen Handeln aufgefordert. Die sodann berichtet wurde, sind verschiedene Meister gewillt, die aufgestellten Forderungen zu bewilligen, weigern sich aber, den Tarif zu unterschreiben. Fast alle Redner erklärten, daß daran festgehalten werden muß, die Anerkennung der Forderungen durch Unterschrift zu verlangen und nur dann hiervon Abstand zu nehmen, wenn der betreffende Meister den Vertretern der Organisation gegenüber ehrenwörtlich den aufgestellten Tarif anerkennt.

**Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** hielt Montag, den 21. August bei Graumann, Raunynstr. 27, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Wagner einen Vortrag über „Vollbildung und Klassenbewußtsein“ hielt. Der Referent entwickelte in seinem interessanten Vortrage ein anschauliches Bild von dem Unterricht bezw. der Erziehungsmethode in der heutigen Volksschule. Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Es folgte die Abrechnung vom Sommerfest 1899. Eine Einnahme von 100,65 M. stellt sich eine Ausgabe von 100,90 M. gegenüber, so daß ein Defizit von 0,25 M. vorhanden ist. Die Mithätigkeit der Abrechnung wird von den Revisoren bestätigt. Namens der Agitationskommission erstattet Kleinlein Bericht über die Tätigkeit derselben im letzten Jahre, aus dem hervorhebt, daß die Kommission in 72 Werkstatt-Sitzungen mit den Kollegen der verschiedenen Fabriken in Verbindung getreten ist, mithin also eine sehr eifrige Tätigkeit entfaltet hat. Nachdem der Vorsitzende auf die am 28. d. M. stattfindende Delegiertenversammlung aufmerksam gemacht, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Versammlung der Freien Vereinigung der Civil-Verusmusiker** Berlins und Umgegend. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, gedachte der erste Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Taubenhein. Die Kollegen ehrten das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Aufgenommen wurden die Kollegen Könncke, Quandt, Strangfeldt, Rewes, Marx, Howe. Die vom Kollegen Jusko gestellten Anträge wurden mit einer Aenderung angenommen. Die Abrechnung vom Stiftungsfest konnte nicht angenommen werden, da die Revisoren nicht revidiert hatten.

**Die Maurer centraler Richtung** hielten am Dienstag, den 22. d. M., eine Mitglieder-Versammlung bei Keller, Koppenstraße, ab. Genosse Paul Jahn referierte über: „Lebenshaltung und Volkseinkommen“. Von einer Diskussion wurde aber den mit Weisall aufgenommenen Vortrag Abstand genommen. Abhandlung bewilligte die Versammlung 1000 M. für die dänischen Ausgesperrten und 100 M. für die Arbeiter-Sanariter-Kolonie. Die Lohnkommission wurde beauftragt, im Centrum eine Wohnung zum Zwecke der Bureauverlegung zu mieten und der nächsten Versammlung Mitteilung zu machen. Ausgeschlossen wurden mehrere Mitglieder.

**Tapezierer, Filiale Süd.** Versammlung vom 23. August. Kollege Schröder referierte über die Bedeutung der Frau in der Gewerkschaftsbewegung. Redner tadelt das Verhalten vieler Männer den Frauen gegenüber und empfiehlt, anstatt dieselbe als Mensch zweiter Klasse zu betrachten, sie als vollberechtigt anzuerkennen und Schulter an Schulter mit den Frauen den Klassenkampf zu kämpfen. In der Diskussion wurde bemängelt, daß gerade die Tapezierer sehr viel sündigen in der Agitation unter den Tapeziernäherinnen. Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten und Entgegennahme des Berichts von der Streikbewegung schloß die von 60 Personen besuchte Versammlung.

**Die Schraubendreher und Berufsge nossen**, welche zur Zeit keiner Organisation angehören, versammelten sich am 23. August bei Rowl, Manteuffelstr. 9. Nach einer längeren, teilweise sehr erregten Debatte zwischen mehreren in der Branche beschäftigten Arbeitern und den Vertretern der Ortsverwaltung Berlins des deutschen Metallarbeiter-Verbandes gelangte eine von Heinrich Schultz ge-

stellte Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten für die Gründung einer Lokalvereinigung ausdrückten. Im Anschluß hieran wurde ein provisorischer Vorstand gewählt.

**Ablershof.** Am 18. August fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Professor Dr. Gehrke über: „Das Christentum in alter und neuer Zeit“ sprach. Anlaß zu dieser Versammlung gab die am gleichen Tage stattgehabte Grundsteinlegung zur hiesigen Kirche, zu welcher aus Gemeindemitteln 30 000 M. schon vor einigen Jahren bewilligt waren, trotz des Protestes der überwiegend socialdemokratischen Bevölkerung. Ueber diese Bewilligung war das Erstaunen um so größer, als wegen der schlechten Finanzwirtschaft der vergangenen Jahre die Gemeindesteuern in diesem Jahre von 100 Proz. auf 140 Proz. erhöht werden mußten. Wie die Bevölkerung über den Kirchenbau denkt, zeigte denn auch die überfüllte Versammlung. Nach den sachlichen und treffenden Ausführungen des Genossen K. D. Hoffmann, welcher über: „Kirchenbauten und der Austritt aus der Landeskirche“ sprach, erfolgten denn auch ca. 70 Austrittserklärungen, welchen weitere noch folgen werden. Der eingeladene Geistliche von Ablershof war zu dieser Versammlung nicht erschienen, hat aber für eine künftige Versammlung sein Erscheinen zugesagt. Zum Schluß nahmen die Anwesenden einstimmig eine Resolution an, welche es jedem der schon innerlich keiner Religionsgemeinschaft angehört, zur Pflicht macht, nicht durch längere Nachlässigkeit zu den Kosten des Kirchenbaues beizutragen (bekanntlich erhebt die hiesige Kirchengemeinde trotz der schon hohen Gemeindesteuern von allen Steuerzahlern ca. 20 pCt.), sondern aus einer Gemeinschaft auszutreten, welche die darübende Menschheit auf das Jenenseits vertritt. Austrittserklärungen und Formulare besorgen 2 Stenmiwedel, Bismarckstr. 52, Cigarrengeschäft; G. Tempel, Kronprinzengstr. 6.

**Reinickendorf.** Montag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, fand in Büschers Seepark eine öffentliche Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Radtke den Zweck der neu eingeführten Kreis-konferenz erläuterte. In der Diskussion begründeten Radtke und Gram die von ihnen eingebrachten Anträge, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Zu Delegierten wurden gewählt die Genossen Gram, Radtke und Stolzmann.

**Zu der Charlottenburger Gambrinnbrauerei** hatten sich am Mittwoch Frauen und Männer in großer Zahl eingefunden, um einen Vortrag von Fraulein Ida Altman über: „Er soll Dein Herr sein“ zu hören. Die Referentin führte in sachlicher, klarer Weise aus, wie das Mutterrecht dem Vaterrecht weichen mußte, und wie selbst bei den Germanen, wo der Frau und dem Manne alles gemeinsam gehörte, das weibliche Erbrecht beseitigt wurde, als die Männer Eroberungen machten, die sie für ihre Familie erhalten wollten. Auch werde der christlichen Kirche zu Unrecht nachgesagt, daß sie die Stellung der Frau gehoben habe. Die Kirche habe sogar die Unterwerfung der Frau sanktioniert. So seien denn auch die schlechten Folgen der Unterwerfung der Frau nicht ausgeblieben. In bürgerlichen Kreisen sei die Frau vielfach eine schlechte Mutter und schlechte Gattin, da sie nur als Erzeugerin legitimer Kinder dienen solle. In arbeitenden Kreisen aber sei sie die gefährlichste Konkurrenz des Mannes, aber keine Stütze. Die Referentin forderte die Versammelten zum Schluß energisch auf, durch die Vereinigung in Gewerkschaften und durch Anschlag der Männer an die Socialdemokratie, die diesen Zuständen ein Ende bereiten will, diese Ungerechtigkeiten abzuwickeln. Der zustimmende Beifall blieb ohne Widerspruch. Auch in der Diskussion fand die Referentin nur Beifall. Nachdem die Adressen der Jahrestellen der Gewerkschaften bekannt gegeben waren, gingen die Versammelten mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie aus.

**Zu Steglitz** tagte am 23. d. M. eine öffentliche Parteiver-sammlung, in der Genosse Zubeil über die Tätigkeit der socialdemokratischen Fraktion im Reichstage sprach. Fritsch forderte die Arbeiter auf, sich mehr um lokale Angelegenheiten zu bekümmern. Zur Kreis-konferenz wurden Knöfel, Räther und Mohr gewählt.

**Wilmerdorf.** Hier tagte am 23. August eine Versammlung, in der Genosse Ost über die augenblickliche politische Lage referierte. Die Diskussion fiel im Sinne des Referenten aus. Sodann wurden Th. Müller, W. Biesler und Köhler zu Delegierten für die Kreis-konferenz gewählt.

**Weissensee.** In einer nur mäßig besuchten Vollversammlung wurden nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Paul Jahn die Delegierten zur Kreis-konferenz des Kreises Niederbarnim, und zwar die Genossen Taubmann, Siegrist und Max Schröder gewählt. Nachdem beschäftigt sich die Versammlung in eingehender Weise mit den zu den verschiedenen Konferenzen und dem Parteitage eingegangenen Anträgen, welche auf der Kreis-konferenz zur Verhandlung kommen werden.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 27. August, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 27c, Versammlung: Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendort: Vortrag des Herrn E. Bogner: „Goethe und Schiller.“ (Zum 150. Geburtstag Goethes) Gasse, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Bildungsverein „Mehr Licht“.** Sonntag, den 27. August, Ausflug nach Schindlerssee. Für Rückzügler Treffpunkt Krumme Bank. Die erste Sonntagversammlung findet am Sonntag, den 1. Oktober, in Hofmanns Sälen, Alexanderstr. 27c, statt.

**Tischler-Verein.** Heute abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung.

**Centralverband der Elektromonteur und Berufsge nossen Deutschlands.** Sonntag Besichtigung der Sternwarte. Treffpunkt 4 Uhr nachmittags im Jägerheim am Bahnhof Treptow. Karten sind dort zu haben.

**C. Joëls Victoria-Garten**  
SO., Köpnicke Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park.  
Telephon: Amt IV, No. 3724.  
Grosser Saal, Konzert-Garten, geschätzte Veranden. 1896L\*  
für Vereine u. Gesellschaften, 6000 Personen fassend. 11 Regelmässigen, Kaffeehäuser und allerlei Volksbelustigungen.  
Einfachste der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens & Halske); von der Großen Berliner  
Straßenbahn und der Stadt- und Ringbahn-Station Treptow 2 Minuten entfernt.

**Dampfer-Extrajahrten**  
am Sonntag, den 27. August 1899:  
1. Nach Woltersdorfer Schleuse u. Hefsenwinkel.  
Preis für Hin- und Rückfahrt 1 Mk.  
Abfahrt von der Stralauer Brücke 5 um 9 Uhr morgens.  
2. Nach Tempitz (Zornower Idyll). Preis für Hin- und Rückfahrt 2 Mk.  
Abfahrt von der Stralauer Brücke 5 um 7 Uhr morgens.  
L. Kahnt, J. B. Johann Schulze, Fischerbrücke 17.

**Wo? beim alten Freund.**  
Neue maßige Dampfer-Anlage.  
Treptow. Hohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstrasse.  
Grosser schattiger Garten.  
Saal, Kaffeeküche, Kegeln.  
Vereinen und Herrnpartien bestens empfohlen. Bayrisch-Bier Glas 10 Pf. Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. (1756L\*)  
**Wirtshaus Schwargendorf,**  
Warnemünder Strasse 6. (Direkt am Grunewald belegen.)  
Bringe hiermit allen Freunden und Genossen mein Lokal in empfehlende Erinnerung. Jeden Sonntag: **Großer Ball.** 1910Q\*  
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. Carl Baier.

**Nonnenbergs Restaurant**  
Treptow, Parkstrasse.  
Großer Saal. — Großer Garten.  
Jeden Sonntag: **Ball.** (1669Q\*)  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

**Paul Hilperts Restaurant und Garten,**  
Halensee, Kurfürstendamm 126.  
Erste Haltestation für Fremder, Ruhpartien usw. am Bahnhof Halensee.  
Vorzüglich gekostete Biere. Reichhaltige Speisekarte zu keinen Preisen.  
Familien können Kaffee kochen. 2246Q\*  
Zahlreichem Besuch entgegengehend

**Hans Kayser**  
Schwitzer-Mark  
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.  
Billigste Vergnügung für  
Press- u. Steinkohlen.  
**Paul Hilpert.**  
Für Fabriken,  
Werksstätten, Kantinen etc.  
Lieferer ist: (2307Q\*)  
40/2 H. Export-Weißbier f. R. B.,  
ohne Wasserzuzug.  
40 Flaschen helles Lagerbier für 3.— M.  
(von welcher Brauerei gewünscht wird).  
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.  
Es umloft. Einhalten lechweise.  
**A. Seidler,**  
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.  
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

**Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche**  
ausschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: Arbeiter-Berufs-  
Heidung: Blau Röper-Jacken M. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., Blau  
kittel Hosen, in allen Längen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Blauen, Wasser-  
Röper u. Monturböden. D. Wurzel & Co., Wangenstr. 17.

**Nur 3 Mark!**  
und nicht mehr  
das Doppelte oder  
noch mehr kostet  
bei mir eine große  
Gitarre.  
Gitarre-Fabrik  
„Columbia“,  
großartig im Ton.  
Dieses Instrument  
ist das neueste, beste  
und einigste, so  
far ohne Lecken  
nach der beige-  
ten Seite zu  
schauen. Die  
Saiten sind in Weg  
fall gekommen,  
Wacht es wie bei  
ein Concertgitarre!  
Um das Überleben zu erleichtern und auch dem weniger Erweiterten das  
Anschauen der Gitarre zu ermöglichen, sind die Reagenzien in einer Anzahl  
von Sprachen übersetzt, so daß sie immer aus Sprache eines Wirtes  
bildet. Auch diese eigenartige Übersetzung der Reagenzien wird das Über-  
leben nicht nur ganz wesentlich erleichtert, sondern es ist auch das Über-  
leben anderer Arbeiter vollständig ausgeschlossen, ein Kunstwerk, welches im hohen Grade  
für die Zweckmäßigkeit der Arbeiter ist.  
Gitarre der Fäher liefert Gensch, Köstlin polier, praktisch aus-  
gestattet, 41 Saiten, 5 Bässe, 4 Akkord-Gruppen. Vorstand komplett mit Stimm-  
Apparat, Saule, Ring und Warten. Jeder kann sofort nach Warten-Ändern  
Hörer, Töne und Klänge spielen. Jeder kann sofort über den beliebigen  
billigen Preis. Täglich schriftliche Nachbestellungen und Unterweisungen. Man be-  
halte direkt ohne Zwischenhändler bei der  
Columbia-Gitarre-Fabrik Heinrich, Subr, Neuenrade 6 i. W.